

Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis

Band 1: Ergebnisse der Machbarkeitsprüfung für eine Biosphärenregion



Eine **BiosphärenRegion**?

Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis

Band 1: Ergebnisse der Machbarkeitsprüfung für eine Biosphärenregion

Inhaltsverzeichnis

Vorab für Eilige:	
Zentrale Aussagen der Machbarkeitsstudie im Überblick	4
Der Prüf- und Beteiligungsprozess:	
So ist die Machbarkeitsstudie entstanden	6
Prüfergebnisse der gesellschaftlichen Machbarkeit:	
Überwiegen für die Region die Vorteile einer Biosphärenregion?.....	7
Prüfergebnisse der formalen Machbarkeit:	
Kann die Region die Kriterien der UNESCO erfüllen?	7
1. Hintergrund und Ziele: Wozu diese Machbarkeitsstudie?.....	8
2. Der Prüfraum: Um welche Region geht es?.....	12
3. Ablauf des Prüf- und Beteiligungsprozesses	18
Ablauf der Machbarkeitsstudie im Überblick.....	20
Untersuchen (Mai bis Oktober 2018).....	20
Planen (November 2018 bis Februar 2019).....	21
Bewerten (März bis Juni 2019)	21
Entscheiden (Herbst 2019)	21
Akteure und Formate – wer war wie involviert?.....	21
Der Steuerungskreis	21
Thematische Arbeitsgruppen.....	23
Forum Landnutzung und Studienreise in den Pfälzer Wald	23
Bürgerforen.....	25

Jugenddialog	26
Online-Plattform und Online-Beteiligung	28
Beteiligungsprozess in Zahlen	28
Alle Termine im Überblick	29
4. Ergebnisse der Prüfung der gesellschaftlichen Machbarkeit	30
Vorab: Ergebnisse der gesellschaftlichen Machbarkeit in Kürze	31
Chancen einer Biosphärenregion	32
Risiken einer Biosphärenregion	33
Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit	34
Mobilität und Infrastruktur	35
Tourismus und Naherholung	37
Industrie und Unternehmen	39
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau	41
Bauen und Siedlungsentwicklung	44
Soziales	46
Energie und Klima	48
Natur und Umwelt	49
Kulturlandschaften	51
Forschung	52
Bildung	54
Exemplarische Projekte und Maßnahmen für eine Biosphärenregion	58
5. Ergebnisse der Prüfung der formalen Machbarkeit	60
Vorab: Ergebnisse der formalen Machbarkeit in Kürze	61
Kriterium „Repräsentativität“	63
Kriterium „Flächengröße und Abgrenzung“	66
Kriterium „Zonierung“	67
Kriterium „Biodiversität“	70
Kriterium „Verwaltung und Organisation“	73
6. Ausblick: Wie geht es weiter?	74
Impressum	76
Anhang	78
Weiterführende Links und Informationen zu den Veranstaltungen	79
Mitglieder der Arbeitsgruppen und des Steuerungskreises sowie der Geschäftsstelle	80



Vorab für Eilige: Zentrale Aussagen der Machbarkeitsstudie im Überblick

Hat die Region zwischen Rheingau, Wiesbaden, Main und Taunus das Potenzial, von der UNESCO als Biosphärenregion – Modellregion für nachhaltige Entwicklung – anerkannt zu werden? Wie bewerten die Menschen in der Region die Idee einer Biosphärenregion? Welche Chancen und Risiken werden gesehen?

Die vorliegende Machbarkeitsstudie liefert Antworten auf diese Fragen. Die Studie ist das Ergebnis eines intensiven, ergebnisoffenen Prüf- und Beteiligungsprozesses, der vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Landkreisen Rheingau-Taunus und Main-Taunus sowie der Stadt Wiesbaden in Auftrag gegeben wurde.

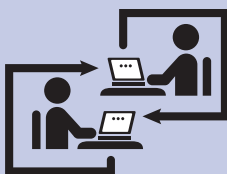
Auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie können jetzt die Hessische Landesregierung sowie die Kreise und Kommunen im Prüfraum bis Frühjahr 2020 entscheiden, ob die Idee einer Biosphärenregion konkretisiert und ein Antrag vorbereitet werden soll. Wenn die Entscheidung positiv ausfällt, wird es zu einer weiteren Entscheidung über die Antragstellung bei der UNESCO im Herbst 2021 kommen.

Zurück zur Machbarkeitsstudie: An dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung der zentralen Aussagen zum Prozess und den Ergebnissen.

Der Prüf- und Beteiligungsprozess: So ist die Machbarkeitsstudie entstanden

[mehr dazu ab Seite 18]

- **Intensive Mitwirkung von Interessenvertreterinnen und -vertretern:** An der Machbarkeitsstudie hat eine große Bandbreite von Interessenvertreterinnen und -vertretern aus Landkreisen und Kommunen, Interessenverbänden, Organisationen aus Forschung und Bildung, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Akteurinnen und Akteuren aus allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung – Wirtschaft, Umwelt und Soziales – mitgewirkt. Als „Wächter des Prozesses“ tagte insgesamt fünf Mal ein mit ca. 70 Akteuren aus der Region besetzter Steuerungskreis. Rund 90 Personen arbeiteten in den Arbeitsgruppen mit, die in acht Sitzungen Chancen und Risiken mit Blick auf unterschiedliche Themenbereiche erörterten, Zukunftsbilder entwickelten und fachliche Zwischenstände diskutierten.
- **Breite Öffentlichkeitsbeteiligung:** In drei regionalen Bürgerforen mit rund 250 Teilnehmenden, einem überregionalen Bürgerforum mit über 120 Teilnehmenden sowie einer Online-Beteiligung mit über 4.000 Besuchen auf der für die Machbarkeitsstudie eingerichteten Dialog- und Transparenzplattform konnten die in der Region lebenden Menschen sich informieren und beteiligen.
- **Jugenddialog zur Einbindung junger Menschen in der Region:** Die Notwendigkeit einer umweltverträglichen und klimaschonenden Entwicklung wird aktuell verstärkt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Region auf die politische Agenda gesetzt. In einem speziell für junge Menschen konzipierten Format brachten diese ihre persönliche Sicht auf eine mögliche Biosphärenregion ein und diskutierten über mögliche zukünftige Veränderungen in der Region.
- **Weitere Informations- und Beteiligungsformate als Reaktion auf Wünsche aus dem Prozess:** Im Verlauf des Prozesses wurde auf die hohe Nachfrage nach Information und Beteiligung reagiert, indem die Online-Beteiligung verlängert, ein Forum zum Thema Landnutzung eingerichtet sowie eine Studienreise in den Pfälzer Wald angeboten wurden. Von verschiedenen Akteuren (unter anderem IHK, Landwirtschaftsverbände) wurden außerdem eigene Veranstaltungen durchgeführt, bei denen die Geschäftsstelle Biosphärenregion Zwischenstände präsentierte und zur Diskussion stellte.
- **Vernetzung und Dialog von Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Themenbereichen:** Abgesehen von der mit ihm verbundenen aktiven Mitarbeit an der Machbarkeitsstudie hat sich der Beteiligungsprozess außerdem als wertvolles Mittel für die Vernetzung und Verständigung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteuren aus der Region erwiesen. Im Verlauf des Prozesses haben handelnde Personen aus allen beteiligten Bereichen immer wieder die Wichtigkeit des konstruktiven Austausches miteinander geäußert. Interessen- und Zielkonflikte wurden mit einem hohen Maß an Wertschätzung des Dialogs diskutiert. Es bestand große Einigkeit darin, dass der Dialog zwischen Handelnden aus unterschiedlichen Bereichen – egal ob mit oder ohne Biosphärenregion – weitergeführt werden sollte, um gemeinsam gute Lösungen für zukünftige Entwicklungen zu finden.



Prüfergebnisse der gesellschaftlichen Machbarkeit: Überwiegen für die Region die Vorteile einer Biosphärenregion?

[mehr dazu ab Seite 30]

- **Chancen überwiegen in vielen Bereichen:** Der Beteiligungsprozess zu Chancen und Risiken einer Biosphärenregion hat ergeben, dass in den Bereichen Mobilität und Infrastruktur, Bauen und Siedlungsentwicklung, Tourismus und Naherholung, Soziales, Energie und Klima, Natur und Umwelt, Kulturlandschaften, Forschung und Bildung überwiegend Chancen gesehen werden. Für Industrie und Unternehmen war das Meinungsbild etwas zurückhaltender, allerdings in der Tendenz auch positiv.
- **Landwirtschaft ist strittigstes Thema:** Der Themenbereich mit dem größten Dissens bezüglich der Abwägung von Chancen und Risiken war die Land- und Forstwirtschaft.
Der gemeinsame Dialog zwischen allen Akteuren ist im Falle der Ausweisung einer Biosphärenregion wichtig und eine zentrale Aufgabe.

Themenbereich		Tendenz* (überwiegend Chancen oder Risiken?)
Mobilität und Infrastruktur	😊	Chancen überwiegen
Bauen und Siedlungsentwicklung	😊	Chancen überwiegen
Tourismus und Naherholung	😊	Chancen überwiegen
Industrie und Unternehmen	😐	neutral - Chancen überwiegen tendenziell
Land-, Forstwirtschaft, Weinbau	😞	strittig - Meinungen stark polarisiert
Soziales	😊	Chancen überwiegen
Energie und Klima	😊	Chancen überwiegen
Natur und Umwelt	😊	Chancen überwiegen
Kulturlandschaften	😊	Chancen überwiegen
Forschung	😊	Chancen überwiegen
Bildung	😊	Chancen überwiegen

*Hinweis: Die Meinungstendenzen spiegeln lediglich die Eindrücke wider, die sich aus dem Beteiligungsprozess heraus ergeben haben. Sie sind nicht Ergebnis einer repräsentativen Befragung.

😊 Chancen überwiegen 😐 neutral 😞 strittig

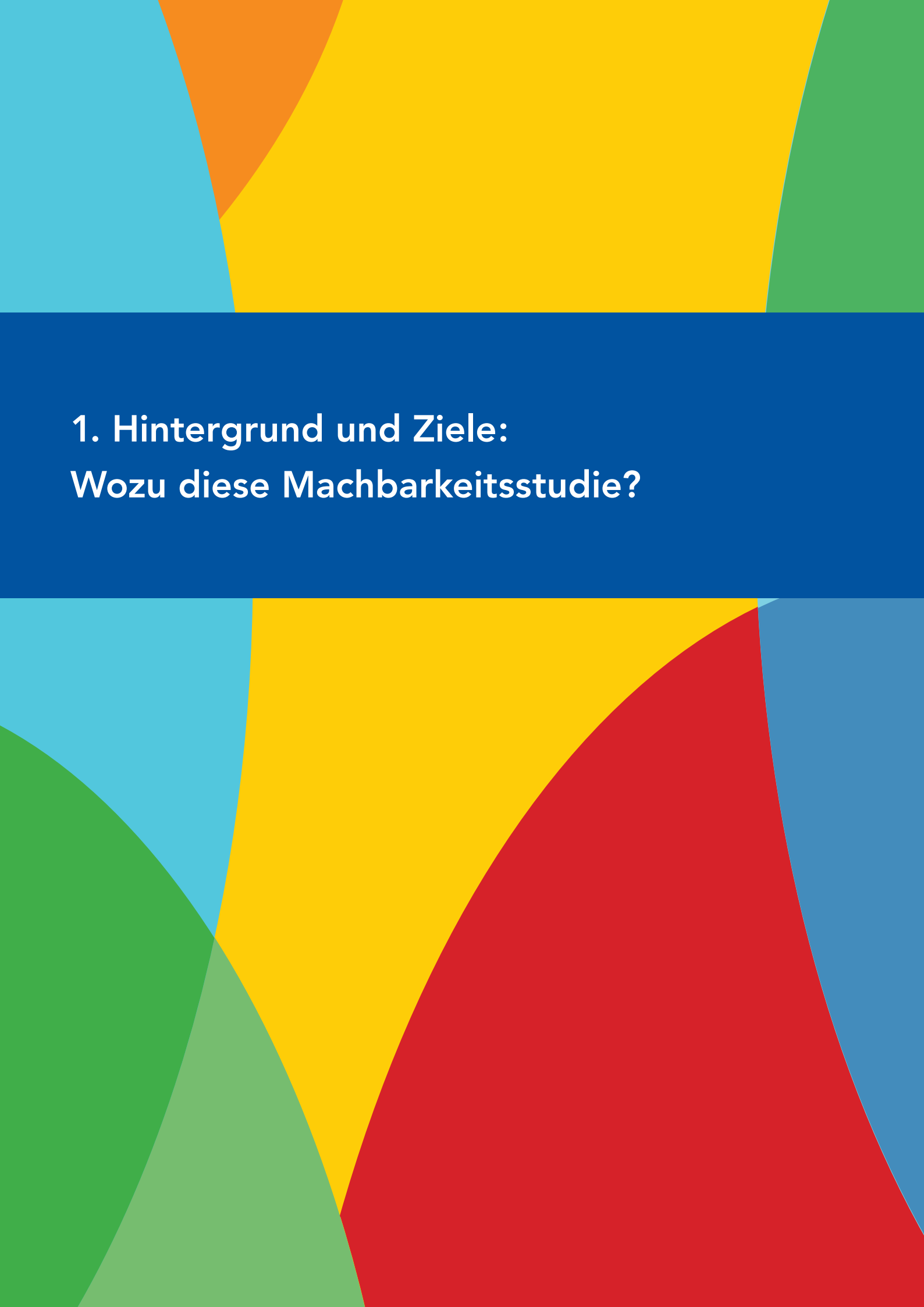
Prüfergebnisse der formalen Machbarkeit: Kann die Region die Kriterien der UNESCO erfüllen?

[mehr dazu ab Seite 60]

- **UNESCO-Antragskriterien erfüllbar:** Die Prüfung des Potenzials der Region, UNESCO-Biosphärenregion zu werden, hat ergeben, dass die Region die für eine Antragstellung notwendigen Kriterien Repräsentativität, Flächengröße und Abgrenzung, Biodiversität sowie Verwaltung und Organisation erfüllen kann. Auch das Kriterium Zonierung kann, ausgehend von den bereits bestehenden Schutzgebieten und dem in der Region identifizierten Potenzial, erfüllt werden.

Antragskriterium		Ergebnis (Kann das Kriterium erfüllt werden?)
Repräsentativität	😊	Kann erfüllt werden.
Flächengröße und Abgrenzung	😊	Kann erfüllt werden.
Zonierung	😊	Kann erfüllt werden (aus den bereits bestehenden Schutzgebieten und dem in der Region identifizierten Potenzial).
Biodiversität	😊	Kann erfüllt werden.
Verwaltung und Organisation	😊	Kann erfüllt werden.

😊 Kann erfüllt werden 😊 Kann teilweise erfüllt werden



1. Hintergrund und Ziele: Wozu diese Machbarkeitsstudie?

Die Großstadt Wiesbaden, der Rheingau-Taunus-Kreis und der Main-Taunus-Kreis stehen vor besonderen Herausforderungen zukünftiger nachhaltiger Entwicklung. Von Siedlungsdruck in den Städten über demografische Entwicklung und Abwanderungsdynamiken in Dörfern bis zum Ausbau sozialverträglicher und klimaschonender Infrastruktur – die Frage, wie wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit dem Erhalt des wertvollen Natur- und Kulturerbes in Einklang gebracht werden können, spannt sich über viele Entwicklungsbereiche hinweg.

Die Idee, dass die Anerkennung der Region als UNESCO-Biosphärenregion dabei helfen könnte, zukünftige Herausforderungen gemeinsam im Stadt-Land-Verband zu meistern, kam zunächst aus bürgerschaftlicher Initiative.

In Biosphärenregionen entwickeln und erproben lokale Akteurinnen und Akteure gemeinsam Wege nachhaltiger Entwicklung. Biosphärenregionen sind somit nicht in erster Linie Schutzgebiete, sondern vor allem Regionen, die beispielhaft zeigen, wie ein gesundes Zusammenspiel ökologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung funktionieren kann.

Nur wenige große Städte und urbane Räume – darunter São Paulo in Brasilien, Wien in Österreich und Turin in Italien – sind bisher im weltweiten Netz von Biosphärenregionen vertreten. Genau deshalb könnten Main-Taunus, Wiesbaden und Rheingau-Taunus gemeinsam gute Chancen bei einer Antragstellung an die UNESCO haben: Für dynamisch wachsende Metropolregionen gibt es kaum modellhafte Ansätze für nachhaltige Entwicklung. Dabei spielen städtische Regionen eine wichtige Rolle beim Erhalt der biologischen Vielfalt der Erde und beim Klimaschutz; schließlich wohnen weltweit die meisten Menschen in Ballungsräumen. Die Kombination aus Stadt, Wald, Fluss und traditionellem Weinbau und Landwirtschaft in Main-Taunus-Kreis, Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis könnte also einen modellhaften Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Beziehung zwischen Mensch und Natur leisten. In Deutschland kann so unter dem Dach der UNESCO eine Entwicklung angestoßen werden, bei der wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Einklang mit der dauerhaften Erhaltung des Natur- und Kulturerbes steht.

Eine Region, die als Biosphärenregion infrage kommt, bringt bereits außerordentlich viele Besonderheiten mit sich. Um diese Besonderheiten der deutschen Gebiete greifbar und vergleichbar zu machen, stellt das Nationalkomitee des UNESCO-Programms „Mensch und die Biosphäre“ (MAB – Man and the Biosphere) eine Reihe von Anforderungen, die sogenannten Kriterien.

Im Antrag an das Nationalkomitee sollen die globale Bedeutung und der Beitrag des Gebietes für das weltweite Netzwerk deutlich werden. Aufgrund der

Biosphärenregion. Was ist das?

Biosphärenregionen sind von der UNESCO anerkannte, international repräsentative Modellregionen und Lernorte für nachhaltige Entwicklung. Sie schützen die Natur, fördern nachhaltiges Wirtschaften und ein tragfähiges gesellschaftliches Zusammenleben. Projekte werden gemeinsam und in freiwilliger Kooperation entwickelt und umgesetzt. Als Teil eines weltweiten Lernnetzes werden neue Wege ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklung erprobt. In Deutschland hat die UNESCO bislang 16 Biosphärengebiete anerkannt. Die UNESCO ist die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation.

Voraussetzungen, um Biosphärenregion zu werden

- Unterstützung vor Ort (von Bevölkerung, Interessensvertretern, Politik)
- Repräsentativität (besondere Alleinstellungsmerkmale der Region)
- Zonierung (Mindestgröße von 300 km² mit Unterteilung in Kernzone, Pflegezone und Entwicklungszone)
- Bekenntnis zu einem gemeinsamen Weg für nachhaltige Entwicklung
- rechtliche Anerkennung und Betreuung

Lesen Sie mehr auf der Website der deutschen UNESCO-Kommission: <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/biosphaerenreservate/biosphaerenreservat-werden>

Mehr dazu?

Lesen Sie das Kapitel zur formalen Machbarkeit ab Seite 60

Kriterien erfolgt eine Einteilung des ausgewählten Gebiets in eine Kern-, eine Pflege- und eine Entwicklungszone.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist die Bereitschaft der Menschen, der Institutionen und Gruppen sowie der Politikverantwortlichen in der Region, den Weg hin zu einer Biosphärenregion einzuschlagen. Das MAB-Nationalkomitee empfiehlt, vor Antragstellung zu klären, ob das zur Diskussion stehende Gebiet grundsätzlich geeignet ist.

Im Jahr 2017 beschlossen daher der Hessische Landtag, die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden sowie die Kreistage Rhein-Taunus und Main-Taunus, eine ergebnisoffene, partizipative Prüfung der Machbarkeit einer Biosphärenregion in Auftrag zu geben.

Erarbeitet wurde die Studie in einem breit angelegten Fach- und Beteiligungsprozess unter intensiver Einbindung von Kommunen, Verbänden, Vereinen, Interessensvertreterinnen und -vertretern, regionalen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie bietet einen Überblick über die Ergebnisse der Prüfung der formalen und gesellschaftlichen Machbarkeit.

Sie dient als Grundlage für die Beratung und Beschlussfassung in den Gemeindepardamenten und Landkreisen. Jede Kommune in der Region entscheidet nach Vorlage der Machbarkeitsstudie für sich, ob sie an der Stellung eines Antrags zur Anerkennung der Region bei der UNESCO teilnehmen möchte.

Die Machbarkeitsstudie klärt, ob und wie die Region die Kriterien der UNESCO für eine Antragstellung erfüllen könnte (formale Machbarkeit) und wie die Menschen in der Region die Idee einer Biosphärenregion bewerten (gesellschaftliche Machbarkeit).

Sie finden in der Studie Antworten auf folgende Fragen:

Könnten die formalen UNESCO-Kriterien erfüllt werden? Das heißt, sind die strukturellen Kriterien wie Repräsentativität, Flächengröße und Zonierungsvorgaben erfüllbar?

Wo liegt das potenzielle Biosphärengebiet? Wie könnten Kernzone, Pflegezone und Entwicklungszone eingeteilt werden?

Wie könnte die Biosphärenregion zukünftig verwaltet werden und welche Kosten würden entstehen?

Wie bewerten die Menschen in der Region die Idee einer von der UNESCO anerkannten Biosphärenregion? Welche Chancen und Risiken werden gesehen? Welche Ideen gibt es für die zukünftige strategische nachhaltige Entwicklung der Region? Welche regionalspezifischen Schwerpunkte könnten gesetzt werden?

Mehr dazu?

Lesen Sie das Kapitel zur gesellschaftlichen Machbarkeit ab Seite 30

Biosphärenregionen

Die Erkenntnis, dass unsere biologische Vielfalt bedroht ist, ist nicht neu. Schon vor etwa 150 Jahren wurden die ersten Nationalparks gegründet, in denen Natur sein darf. Später erkannte man, dass dies nicht ausreicht und biologische Vielfalt langfristig nur erhalten werden kann, wenn Nutzen und Schützen Hand in Hand gehen. Vor etwa 50 Jahren startete daher die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) ein internationales Forschungsprogramm, das sich mit dem Verhältnis von Mensch und Biosphäre (MAB – Man and the Biosphere; Biosphäre = Lebensraum im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung aller Lebewesen in ihrer unbelebten Umwelt) beschäftigen sollte. In Biosphärenregionen entstanden Orte der Forschung, Bildung und Umweltbeobachtung.

Seitdem auf dem „Erdgipfel“ 1992 in Rio de Janeiro die Völker der Erde ein Übereinkommen über die biologische Vielfalt verabschiedet haben, ist Nachhaltigkeit das Zauberwort. Nachhaltig zu leben heißt so zu leben, dass soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Sicherheit in Einklang gebracht wird, ohne das ökologische Gleichgewicht zu gefährden. In einem repräsentativen weltweiten Netz von Biosphärenregionen werden konkrete Beispiele in die Praxis umgesetzt, um neue und dauerhaft tragfähige Formen des Umgangs des Menschen mit der Natur zu entwickeln. Bürgerinnen und Bürger auf der ganzen Erde sind so zu wichtigen Akteuren geworden, die mit dem Ziel leben und wirtschaften, ihre natürliche Umgebung zu bewahren.

Biosphärenregionen sind daher mehr als nur Schutzgebiete. Sie sind Modellregionen für nachhaltige Entwick-

lung. Wie kann es uns Menschen gelingen, den Schutz der biologischen Vielfalt, der unbelebten Umwelt, das Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und die Erhaltung kultureller Werte auf unserem Planeten in dauerhaften Einklang zu bringen? Die Antwort auf diese Frage soll in den Biosphärenregionen gemeinsam mit den hier lebenden und wirtschaftenden Menschen in Form beispielhafter Konzepte zu Schutz, Pflege und Nutzung für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet und umgesetzt werden.

Weltweit gibt es 701 Biosphärenregionen in 124 Ländern. In Deutschland hat die UNESCO bislang 16 der insgesamt 17 Biosphärenregionen anerkannt. Im weltweiten Vergleich ist Deutschland wie ganz Europa relativ stark kulturell beeinflusst und besiedelt. Ein wirksamer Naturschutz kann hier überall nur mit dem Menschen umgesetzt werden.

Nach den Internationalen Leitlinien für das Weltnetz haben Biosphärenregionen die folgenden Funktionen:

1. Schutz. Beitrag zur Erhaltung von Landschaften, Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt;
2. Entwicklung. Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung, die soziokulturell und ökologisch nachhaltig ist;
3. logistische Unterstützung. Förderung von Demonstrationsprojekten, Umweltbildung und -ausbildung, Forschung und Umweltbeobachtung im Rahmen lokaler, regionaler, nationaler und weltweiter Themen des Schutzes und der nachhaltigen Entwicklung.



2. Der Prüfraum: Um welche Region geht es?

Als erster Schritt des Prüfauftrags wurde der sogenannte Prüfraum definiert, also das Gebiet, welches Teil der Machbarkeitsprüfung werden soll.

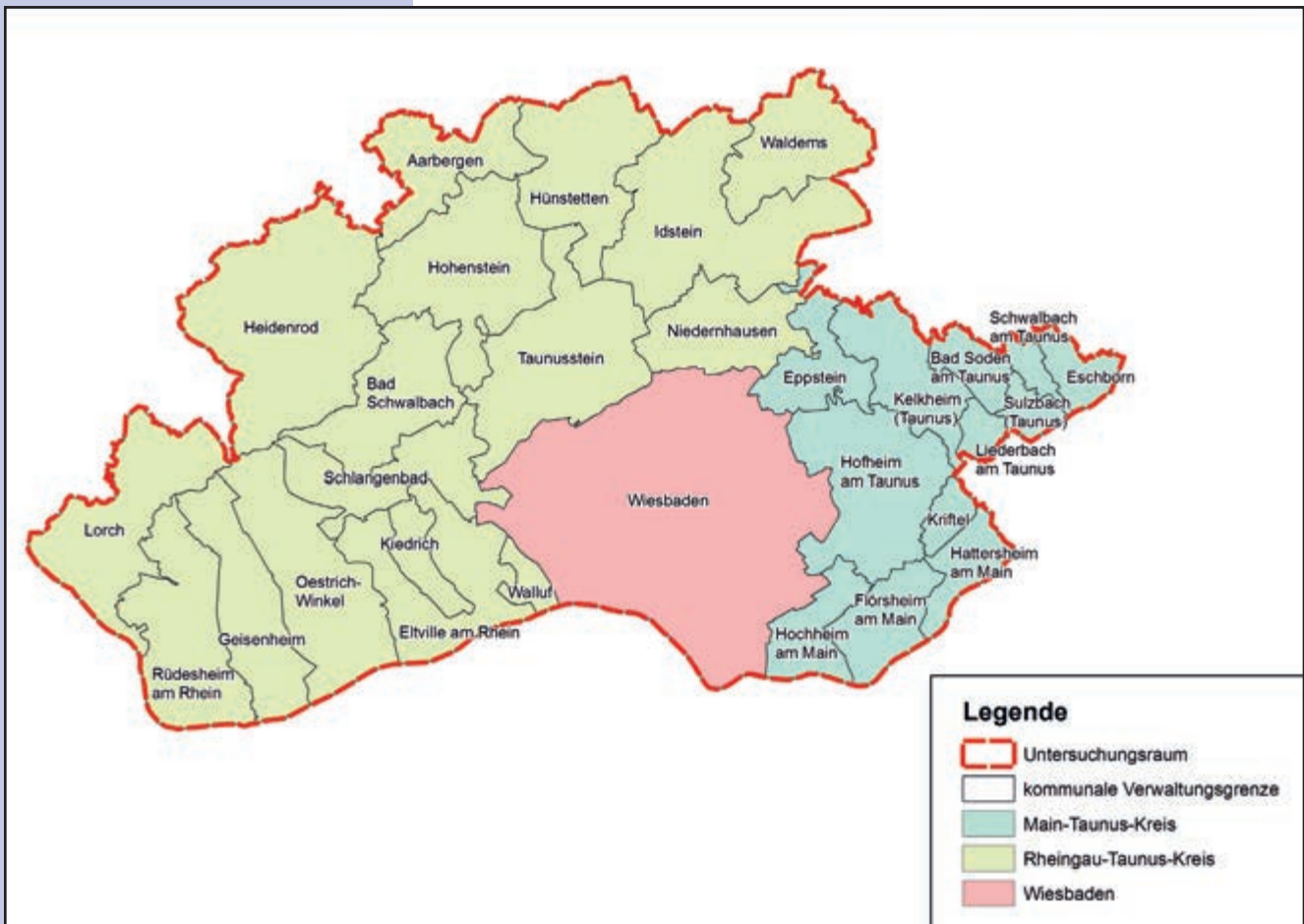
Der Prüfraum umfasst den Rheingau-Taunus-Kreis, den Main-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden.

Mit einer Fläche von insgesamt 123.746 Hektar und einer Bevölkerungszahl von 702.083 Einwohnern ergibt sich eine hohe Bevölkerungsdichte von 567,4 Einwohner/km². Dabei existieren aber große Unterschiede zwischen dem Verdichtungsraum und den Landgemeinden des Hohen Taunus.

Insgesamt hat der gesamte Prüfraum in den vergangenen Jahren einen Bevölkerungszuwachs erlebt, und es wird eine weitere Zunahme der Bevölkerung prognostiziert. Betrachtet man die demografische Entwicklung des Prüfraums, so sind die ländlicheren Teilregionen tendenziell stärker von Überalterung und von einer Abwanderung junger Menschen, aber auch von einer Altersabwanderung betroffen.

Bei dem betrachteten Prüfraum handelt es sich, sowohl im bundesweiten als auch im hessenweiten Vergleich, um eine ökonomisch überdurchschnittlich starke Region mit hohem Durchschnittseinkommen und einem hohen Qualifikationsgrad der Erwerbstätigen. Im Verdichtungsraum der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sind Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung erwartungsgemäß höher als in den kleineren Landgemeinden, wohingegen das verfügbare Einkommen je Einwohner nicht zuletzt aufgrund der Pendlersituation eher ausgeglichen ist.

Die Großlandschaft ist geprägt von einem Kontrast zwischen dem langgestreckten, bewaldeten Taunuskamm und dem urban geprägten Rhein-Main-Tiefland. Naturräumlich deckt der Prüfraum den westlichen Taunus weitgehend ab. Dieser ist Teil des Rheinischen Schiefergebirges. Das Rheingtal teilt das Gebirge in den westlichen Hunsrück und den Taunus. Der Hohe Taunus mit seinem Quarzitrücken bildet ein relativ niedriges Mittelgebirge. Im Süden schließt sich das Rheingaugebirge an. Dessen Höhenwäldungen leiten zu den Weinbergen des klimatisch begünstigten, nach Süden abfallenden Rheingaus über. Nach Norden fällt der westliche Hintertaunus mit seinen Tonschiefern zur Lahn ab. Er wird durch die lössbedeckte Idsteiner Senke mit dem Übergang zum Goldenen



Prüfraum mit kommunalen Verwaltungsgrenzen

Grund unterbrochen. Der schmale Streifen des Vortaunus leitet im Süden in das Rhein-Main-Tiefland über. Die fruchtbare Lösslandschaft des Main-Taunus-Vorlandes und der Untermainebene bietet den Menschen günstige Bedingungen für die Landwirtschaft.

Die Kulturlandschaft wird seit Jahrtausenden vom Menschen geprägt. Alle Epochen haben zum Teil außergewöhnliche Baudenkmäler und Spuren in der Landschaft hinterlassen. Die große Anzahl an Hügelgräbern auf den Höhen des Taunus weist auf eine Besiedlung schon in der Bronzezeit hin. Diese läutete mit der Eisenzeit eine Epoche technischer Innovationen ein, in der die Kelten eine große Rolle spielten. Vor etwa 2.030 Jahren erreichten die Römer das Gebiet und prägten es über etwa 350 Jahre. Die Römer brachten den Weinbau in die Klimagunst-Lagen des Rhein- und Maintales. Der Limes bildete hier die Grenze der römischen rechtsrheinischen Provinz Obergermanien.

Vor etwa 1.800 Jahren drangen Alemannen und Franken in das Gebiet ein. Im Taunus wurden vorrangig die fruchtbaren Becken und Senken im Main-Taunus-Vorland, am östlichen Taunusrand und im Limburger Becken landwirtschaftlich genutzt und besiedelt, während in den Mittelgebirgslagen des Taunus der Erzbergbau eine große Rolle spielte. Die waldreichen Hochflächen des Hintertaunus wurden erst in den großen Rodungsphasen (9. bis 12. Jahrhundert) zunehmend „kultiviert“. Im Hoch- und Spätmittelalter entstanden dort neue Rodungsinseln. Vornehmlich an den Bächen legte der Mensch Mühlen und Erzschnelzen an. In den Wäldern rauchten die Kohlenmeiler und weidete das Vieh.



Limeskastell Zugmantel

Die Wälder und landwirtschaftlichen Flächen wurden massiv übernutzt und teilweise verwüstet, bis um 1800 eine staatlich geregelte Landwirtschaftsreform und Forstwirtschaft eingeführt wurde.

Die vielen historischen Bauten, Burgen, Schlösser, Kirchen und Klöster der Region stammen aus den unterschiedlichen Epochen. Rhein und Main spielten als zentrale Verkehrs- und Handelswege damals eine noch größere Rolle als heute, waren aber auch wichtige Grenzlinien mit bedeutsamen Übergängen, Fähren und Furt. Historische Fernstraßen wie die Hohe Straße nach Köln werden noch heute von modernen Autobahnen und Bahnstrecken wie der BAB 3 und der ICE-Trasse Frankfurt-Köln nachgezeichnet.

In jüngerer historischer Zeit war die Entwicklung der Stadt Wiesbaden zur Weltkurstadt im 19. Jahrhundert prägend für die Region, insbesondere auch in Verbindung mit Bad Schwalbach und Schlangenbad. Die industrielle Entwicklung hat die Rheinbegradigung, den Bau heute international bedeutender Bahnstrecken oder in jüngster Zeit die Etablierung des Internationalen Frankfurter Flughafens hervorgebracht. Heute gibt es neben zahlreichen Industriebetrieben einen großen Dienstleistungssektor mit unterschiedlichsten Schwerpunkten und durch die großen Behörden der Landeshauptstadt mit der öffentlichen Verwaltung einen weiteren wichtigen Sektor für die regionale Ökonomie. Im Sozialen Sektor haben sich große Kliniken und Kurkliniken ebenso etabliert wie ein breit aufgestellter Bildungssektor bis hin zu international relevanten Hochschulen.



Historische naturnahe Waldlandschaft im Taunus

Naturräumlich spricht eine breite Palette verschiedener Waldgesellschaften mit Dominanz der Buchenwälder zwischen Taunus und Rhein-Main für eine vielgestaltige Landschaft und eine hohe biologische Vielfalt. Als naturnahe historische Waldlandschaft erhalten ist der Hainsimsen-Buchenwald-Komplex im Taunus mit wärmeliebenden Eichenwäldern, Schluchtwäldern und Erlen-Eschen-Wäldern entlang der Bäche. Wiesentäler und Rodungsinseln öffnen die weiten Buchenwälder. Hier lebt eine der größten Wildkatzenpopulationen Deutschlands. Auch die nachgewiesene Bechsteinfledermaus-Population ist einzigartig. Feuersalamander leben in den Taunuswäldern. Sie benötigen ebenso wie der Schwarzstorch die Kombination von Wald und Bach. Gartenschläfer, Mittelspecht, Heldbock, Hirschkäfer und Eremit sind Bewohner der historischen Waldlandschaft.



Weinstöcke bei der Burgruine Nollig.

Die UNESCO-Welterbestätte „Oberes Mittelrheintal“ liegt teilweise im Prüfraum. Sie wird durch den 2002 eröffneten Prädikatsfernwanderweg Rheinsteig, der strombegleitend von Wiesbaden nach Bonn, führt für den Wandertourismus erschlossen. Bei der Welterbestätte handelt es sich um das umfangreichste Felsgebiet in Mitteleuropa außerhalb der Alpen. Das wärmeliebende, kleinräumig wechselnde Mosaik aus Trocken- und Gesteinshaldenwäldern, Trockengebüschen, Halbtrocken- und Trockenrasen und Felsen bildet eine einzigartige historische Kulturlandschaft. Diese beherbergt viele seltene Pflanzen- und



Petersaue bei Wiesbaden

Tiervorkommen, darunter einige Arten aus dem Mittelmeerraum und den Steppengebieten Südosteuropas.

Die weitgehend naturnahen Fließgewässer-Auen-Systeme im Taunus haben eine außergewöhnlich hohe Wasserqualität. In der Wisper, der Aar sowie in weiteren Oberläufen von Bächen gibt es eine besondere Fischfauna. Der Rhein ist eine wichtige Raststation für durchziehende und überwinternde Schwimm- und Watvögel; entsprechend ökologisch bedeutend sind die Inseln und Auenreste.

Im Prüfraum mit Konzentrationen im Main-Taunus-Kreis und Wiesbaden sind Streuobstwiesen von großer regionaler Bedeutung und ein identifikationsstiftendes Kulturgut.



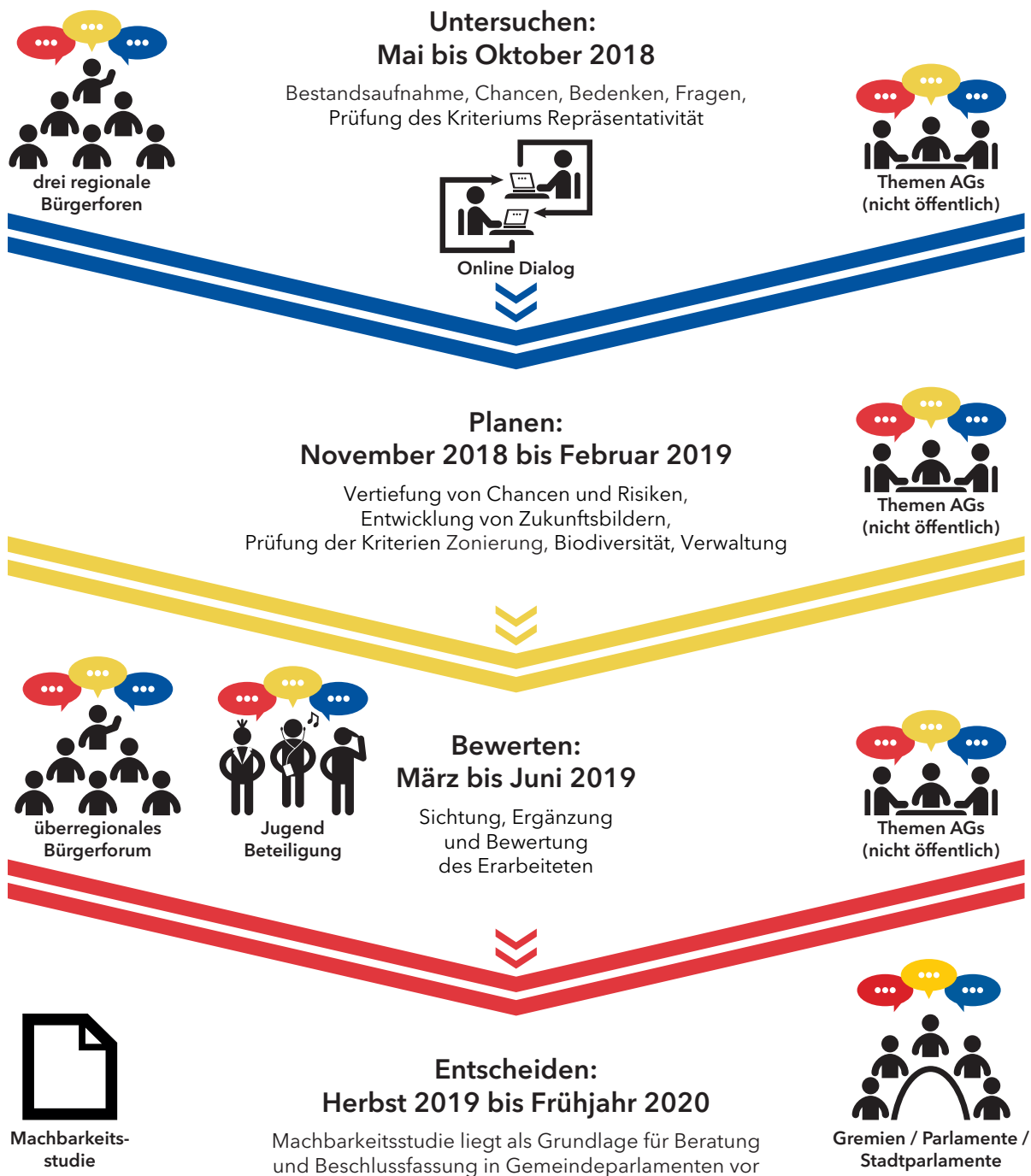
3. Ablauf des Prüf- und Beteiligungsprozesses

Die Machbarkeitsstudie wurde in einem partizipativen Prozess entwickelt, also unter Einbindung aller relevanten handelnden Personen und Zielgruppen. Dafür maßgeblich war die enge Verzahnung zwischen den fachlichen Untersuchungsschritten und der Beteiligung.

Koordiniert wurde der gesamte Prozess durch die Geschäftsstelle, bestehend aus dem Hessischen Umweltministerium (Leitung), dem Main-Taunus-Kreis, dem Rheingau-Taunus-Kreis und der Landeshauptstadt Wiesbaden. Unterstützt wurde die Geschäftsstelle von ZebraLog (Agentur für Beteiligungs- und Dialogprozesse) und cognitio (Fachbüro für Planung und Kommunikation).

Als „Wächter des Prozesses“ tagte zudem regelmäßig ein mit Interessenvertreterinnen und -vertretern besetzter Steuerungskreis, der den Beteiligungsprozess aktiv mitgestaltete und über inhaltliche Zwischenstände beriet (mehr auf Seite 21).

Ablauf der Machbarkeitsstudie



Informationen zum weiteren Prozess
lesen Sie auf Seite 74/75.

Ablauf der Machbarkeitsstudie im Überblick

Untersuchen (Mai bis Oktober 2018)

Drei regionale Bürgerforen und eine Online-Beteiligung bildeten den Auftakt der Untersuchungsphase. Im Fokus stand die Sammlung und Diskussion von Chancen, Risiken und Fragen zu einer möglichen Biosphärenregion als Grundlage für die weitere Vertiefung in thematischen Arbeitsgruppen. Im Rahmen der

fachlichen Analysen wurde der Untersuchungsraum festgelegt und eine Bestandsaufnahme der Region zur Prüfung des UNESCO-Kriteriums Repräsentativität vorgenommen.

Planen (November 2018 bis Februar 2019)

In der Planungsphase stand zunächst der Austausch über die Auswirkungen einer Ausweisung von Kern-, Pflege- und Entwicklungszone im Forum Landnutzung im Vordergrund. Vertreter aus anderen Biosphärenregionen berichteten dort von ihren Erfahrungen. Im Anschluss wurde ein Zonierungsvorschlag ausgearbeitet. Die thematischen Arbeitsgruppen entwickelten in ihrer zweiten Sitzung Zukunftsbilder und mögliche Themenschwerpunkte für die Region. Darüber hinaus fand eine Reihe separater Veranstaltungen statt, darunter Informationsveranstaltungen für Mandatsträgerinnen und -träger, eine Studienreise in den Pfälzer Wald sowie Veranstaltungen der Kreisbauernverbände und der Industrie- und Handelskammer.

Bewerten (März bis Juni 2019)

Ziel der dritten Bewertungsphase war die Sichtung, Ergänzung und Bewertung aller zuvor erarbeiteten Ergebnisse. In einer abschließenden gemeinsamen Sitzung der drei Arbeitsgruppen hatten alle Akteurinnen und Akteure Gelegenheit, die Kapitalentwürfe zur gesellschaftlichen Machbarkeit zu korrigieren und zu ergänzen. Auch zur Ausgestaltung einer zukünftigen Biosphärenregion-Verwaltung wurde informiert. Bei einem abschließenden öffentlichen Bürgerforum mit Podiumsdiskussion sowie einem Jugenddialog wurden Chancen und Risiken einer Biosphärenregion nochmals intensiv aus verschiedenen Perspektiven zur Disposition gestellt.

Entscheiden (Herbst 2019)

Die Entscheidungsphase beginnt mit Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie. Dann sind die politischen Gremien gefragt. Sie beraten und beschließen, ob sie das Modell einer Biosphärenregion für vielversprechend halten und bei einer Antragstellung mitmachen möchten.

Akteure und Formate – wer war wie involviert?

Welche Vor- und Nachteile die Menschen in der Region sehen und was ihnen bei der Ausgestaltung einer möglichen Biosphärenregion wichtig ist, wurde mit einer großen Bandbreite an Akteurinnen und Akteuren erörtert. Aktiv beteiligt waren Interessenvertretungen der Landkreise und Kommunen, aus den Bereichen Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt, Interessenverbände, zivilgesellschaftliche Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürger aus Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Main-Taunus.

Der Steuerungskreis

Der Steuerungskreis begleitete den gesamten Beteiligungsprozess beratend und gestaltend maßgeblich und intensiv mit. Bei der Besetzung wurde viel Wert

daraufgelegt, dass die Mitglieder des Steuerungskreises alle Themenbereiche nachhaltiger Entwicklung – Wirtschaft, Umwelt und Soziales, Kommunen und Landkreise sowie Forschung und Bildung – abdecken. Der Steuerungskreis tagte zwischen Juni 2018 und Mai 2019 insgesamt fünf Mal, jeweils zu Beginn und Ende einer Phase.

Dem Steuerungskreis kommt innerhalb des Prozesses eine zentrale Rolle zu: Die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter waren sowohl Sprachrohr als auch Vermittler von Informationen zwischen Institutionen, Verbänden und Akteurinnen/Akteuren in die Kommunen. Die Sitzungen während des Prozesses dienten dem Meinungsaustausch und trugen zu einer großen Transparenz des Prozesses bei. Die Mitglieder konnten maßgeblich mitgestalten und Impulse zur Diskussion beitragen.

Im Anhang finden Sie eine detaillierte Liste der Mitglieder des Steuerungskreises.

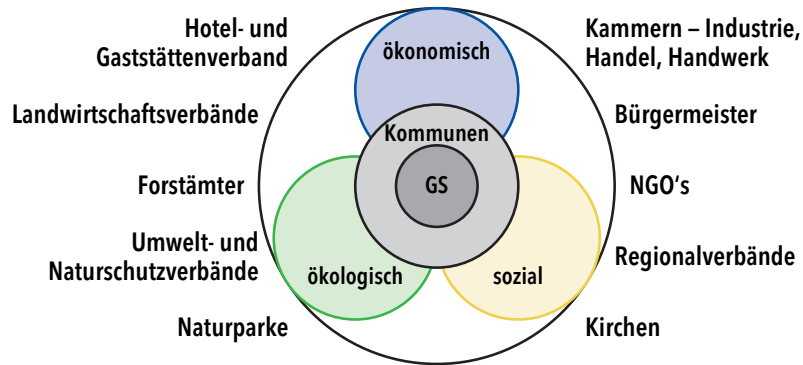
Erste Sitzung des Steuerungskreises
am 19. Juni 2018, Bad Schwalbach



Zweite Sitzung des Steuerungskreises
am 31. August 2018, Mainz-Kastel



Zusammensetzung des Steuerungskreises

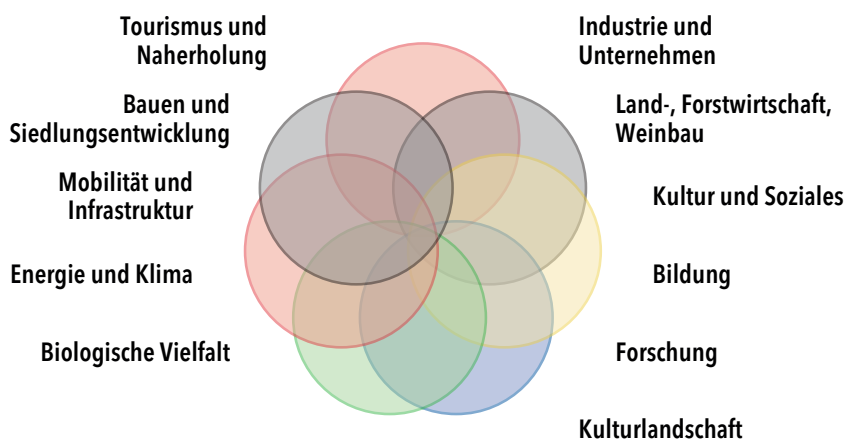


Thematische Arbeitsgruppen

Zur vertiefenden Bearbeitung konkreter Fragestellungen setzte der Steuerungskreis drei thematische Arbeitsgruppen ein. Die Arbeitsgruppen „Natur und Kultur“, „Mensch und Wirtschaft“ sowie „Bildung und Forschung“ tagten insgesamt jeweils drei Mal, die ersten beiden Male separat, in der dritten Sitzung gemeinsam. Aus jeder Arbeitsgruppe wurden zwei Sprecherinnen und Sprecher gewählt, die als Bindeglied zwischen Arbeitsgruppen und Steuerungskreis fungierten.



Themen der Arbeitsgruppen



Forum Landnutzung und Studienreise in den Pfälzer Wald

Auf Anregung des Steuerungskreises wurde im November 2018 ein „Forum Landnutzung“ durchgeführt. Im Zentrum dieses Forums standen die Informationsvermittlung zu den drei Zonen und zu der Art und Weise, wie die Zonierung

Arbeitsgruppenmitglieder
(hier: dritte gemeinsame Sitzung)

gefunden werden soll, sowie ein Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus anderen Biosphärenregionen zu Fragen der Landnutzung. Zu dem Forum wurden Interessenvertreterinnen und -vertreter sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der Region eingeladen.

Folgende Biosphärenregionen waren zu Gast:

Biosphäre Rhön	Biosphäre Bliesgau	Biosphäre Pfälzer Wald / Nordvogesen
Dr. Hubert Beier Vorsitzender Verein Natur- und Lebensraum Rhön e. V., Geschäftsführer des Kreisbauernverbands, Geschäftsführer des Verbandes der Jagdgenossenschaften im Landkreis Fulda e. V., Mitglied im Vorstand des Waldbesitzerverbands	Holger Zeck Geschäftsführer des Biosphärenzweckverbands Bliesgau	Helmut Schuler Referat Landwirtschaft und Landespflege Sven Keller Wasgauschäferei Keller aus Busenberg bei Dahn

Podiumsdiskussion beim Forum Landnutzung



Um den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Biosphärenregionen weiter zu vertiefen, organisierte das Hessische Umweltministerium zudem eine Studienreise in die Biosphärenregion Pfälzer Wald.

Reise in den Pfälzer Wald



Bürgerforen

Ganz wichtig bei der Erstellung der Studie war die intensive Beteiligung der in der Region lebenden und arbeitenden Menschen. Um Stimmen aus der Bevölkerung vor Ort einzuholen, wurden daher im August 2018 drei Bürgerforen – jeweils eins in Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Main-Taunus – sowie im Mai 2019 ein weiteres, überregionales Bürgerforum durchgeführt.

In allen Bürgerforen stand zunächst die Information im Vordergrund. Bei den ersten drei regionalen Bürgerforen konnten die Teilnehmenden im Anschluss in „Dialogbereichen“ zu Chancen, Risiken, Fragen und einer Bestandsaufnahme zu nachhaltiger Entwicklung in der Region miteinander ins Gespräch kommen und ihre Hinweise und Meinungen einbringen.



Bürgerforum Main-Taunus



Bürgerforum Rheingau-Taunus



Bürgerforum Wiesbaden

Überregionales Bürgerforum

Beim abschließenden, überregionalen Bürgerforum schloss sich an den Informationsteil eine von dem Journalisten Oliver Bock moderierte Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Beteiligungsprozess an.



Die folgenden Personen diskutierten auf dem Podium:

- Dr. Maren Heincke, Referentin für den Ländlichen Raum, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;
- Thomas Kunz, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Rheingau-Taunus;
- Peter Seyffardt, Präsident Rheingauer Weinbauverbands;
- Dr. Florian Steidl, Leiter „Wirtschaftspolitik“ und Chefvolkswirt der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden;
- Martina Teipel, Leiterin des Naturschutzhauses Weilbacher Kiesgruben, sowie
- Professor Klaus Werk, Stiftungsratsvorsitzender der Bürgerstiftung Unser Land! Rheingau-Taunus.

Jugenddialog

Umweltthemen wie Klimaschutz, verantwortungsvoller Konsum, klimaschonende Fortbewegung, nachhaltige Entwicklung in der Region und Biodiversität werden aktuell zunehmend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (auch in der Region vor Ort) auf die politische Agenda gesetzt. Mit „Fridays for Future“ ist nur eine Initiative zu nennen, die sich derzeit mit zunehmender medialer Unterstützung Gehör in der Gesellschaft verschafft.

Es nahmen 18 Jugendliche und junge Erwachsene aus der Region teil. Es waren sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Studierende aus diversen Studiengängen der Hochschule Geisenheim vor Ort.

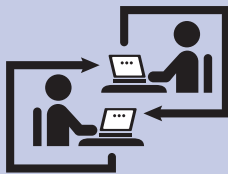
Im Fokus standen die grundsätzliche Information zu einer möglichen Biosphärenregion und der Austausch zwischen den anwesenden Personen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen hatten die Möglichkeit, sich zu den im Beteili-



„Mut zur Biosphäre!“

„Die Zukunft retten und die guten Ziele mit nachhaltigen Maßnahmen umsetzen.“

(Stimmen aus dem Jugenddialog)



Besuchen Sie die Website zur Machbarkeitsstudie unter

www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de

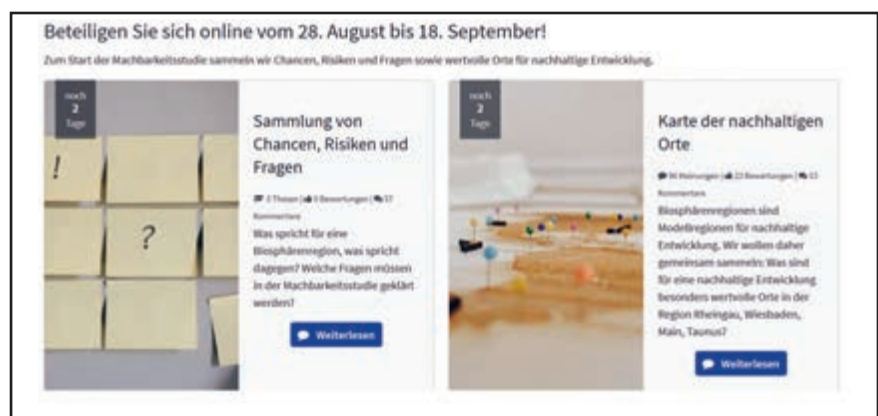
Dort finden Sie auch Präsentationen, Protokolle und Berichte zu allen Beteiligungsformaten.

Screenshot der Online-Beteiligung (www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/dialoge)

Online-Plattform und Online-Beteiligung

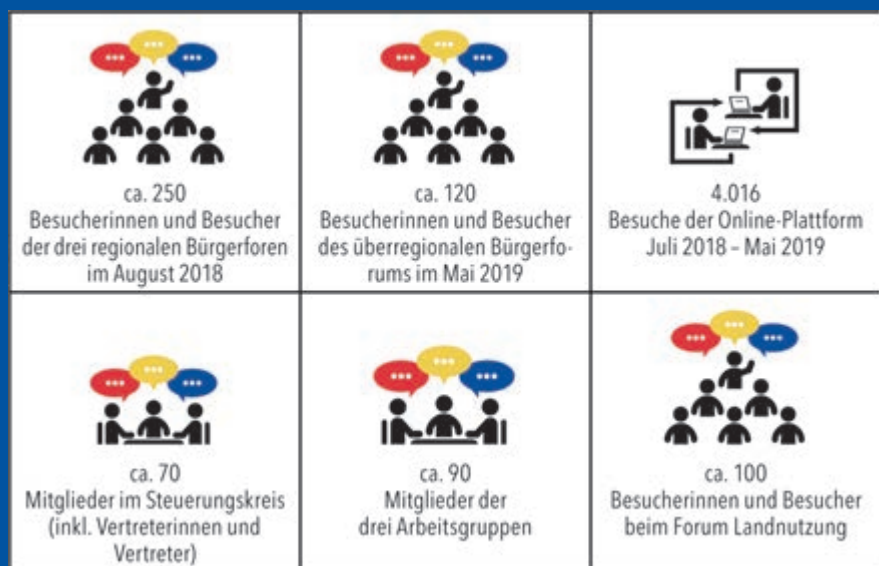
Eigens für den Prozess der Machbarkeitsprüfung wurde eine Informations- und Beteiligungsplattform eingerichtet, über die man sich jederzeit über den aktuellen Stand informieren konnte. Darüber hinaus ermöglichte ein Online-Angebot im September 2018 auch denjenigen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung, die nicht zu einem der Bürgerforen kommen konnten.

In den Online-Dialogbereichen wurden dieselben Themen behandelt wie bei den regionalen Bürgerforen. Im Anschluss wurden alle eingegangenen Beiträge gemeinsam mit den Ergebnissen der Bürgerforen ausgewertet, in einem Ergebnisbericht veröffentlicht und zur Weiterverarbeitung in die Arbeitsgruppen gegeben.



Beteiligungsprozess in Zahlen

Die folgenden Zahlen bieten einen Überblick über die Beteiligung von Interessenvertreterinnen und -vertretern sowie der Bürgerschaft an der Machbarkeitsstudie.



Alle Termine im Überblick

Titel	Ort	Datum und Zeitraum
Konstituierende Sitzung des Steuerungskreises	Kreishaus, Bad Schwalbach	19. Juni 2018, 15:00 bis 17:00 Uhr
Bürgerforum Main-Taunus-Kreis	Kreishaus, Hofheim	29. August 2018, 18:00 bis 20:00 Uhr
Bürgerforum Rheingau-Taunus-Kreis	Kreishaus, Bad Schwalbach	30. August 2018, 17:00 bis 19:00 Uhr
Bürgerforum Wiesbaden	Bürgerhaus, Mainz-Kastel	31. August 2018, 18:00 bis 20:00 Uhr
Zweite Sitzung des Steuerungskreises	Bürgerhaus, Mainz-Kastel	31. August 2018, 16:00 bis 18:00 Uhr
Online-Beteiligung	www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de	28. August bis 18. September 2018
Erste Sitzung der Arbeitsgruppe „Natur und Kultur“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	08. November 2018, 9:00 bis 13:00 Uhr
Forum Landnutzung	Haus an der Marktkirche, Wiesbaden	07. November 2018, 16:00 bis 18:30 Uhr
Erste Sitzung der Arbeitsgruppe „Bildung und Forschung“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	08. November 2018, 15:00 bis 19:00 Uhr
Erste Sitzung der Arbeitsgruppe „Mensch und Wirtschaft“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	09. November 2018, 10:00 bis 14:00 Uhr
Dritte Sitzung des Steuerungskreises	Landratsamt, Hofheim	14. November 2018, 14:00 bis 16:00 Uhr
Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe „Natur und Kultur“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	18. Februar 2019, 16:00 bis 20:00 Uhr
Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe „Bildung und Forschung“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	19. Februar 2019, 16:00 bis 20:00 Uhr
Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe „Mensch und Wirtschaft“	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	15. Februar 2019, 10:00 bis 14:00 Uhr
Vierte Sitzung des Steuerungskreises	Kreishaus, Bad Schwalbach	26. Februar 2019, 16:00 bis 18:00 Uhr
Delegationsreise in das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Vosges du Nord	Biosphärenreservat Pfälzerwald-Vosges du Nord	11. März 2019, 8:30 bis 19:00 Uhr
Letzte gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppen	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	14. Mai 2019, 16:00 bis 20:00 Uhr
Überregionales Bürgerforum	Haus an der Marktkirche, Wiesbaden	15. Mai 2019, 18:00 bis 21:00 Uhr
Fünfte Sitzung des Steuerungskreises	Stadtplanungsamt, Wiesbaden	21. Mai 2019, 15:00 bis 18:00 Uhr
Jugenddialog	Hessisches Umweltministerium, Wiesbaden	12. Juni 2019, 17:00 bis 19:00 Uhr

- Öffentlichkeitsbeteiligung (öffentliche Formate für interessierte Bürgerinnen und Bürger)
- Steuerungskreis
- Arbeitsgruppen und Beteiligung weiterer Akteurinnen und Akteure (Interessenvertretungen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Wissenschaft, Soziales und Zivilgesellschaft)

Alle Präsentationen, Protokolle und Berichte zu den einzelnen Beteiligungsterminen finden Sie unter <https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/event-informationen>



4. Ergebnisse der Prüfung der gesellschaftlichen Machbarkeit

Welche Chancen, Risiken und Bedingungen für eine Biosphärenregion sehen die Menschen in der Region?

Diese Frage stand im Zentrum des Beteiligungsprozesses für die Machbarkeitsstudie, denn klar ist: Nur, wenn die Menschen in der Region überwiegend Vorteile sehen, ergibt eine Biosphärenregion Sinn. Im Laufe des Beteiligungsprozesses wurde deutlich, dass die Antwort auf die Frage „Was hätte die Region davon?“ stark abhängig von der konkreten Ausgestaltung einer Biosphärenregion ist. Im Folgenden werden daher neben einer Übersicht über die Chancen und Risiken auch wichtige Bedingungen für eine Biosphärenregion aus der Sicht der beteiligten Akteurinnen und Akteure formuliert.

Dem Kapitel liegt eine Auswertung der Ergebnisse aller Beteiligungsformate (Bürgerforen, Online-Beteiligung, Arbeitsgruppen, Steuerungskreis, Jugenddialog) zugrunde.

Vorab: Ergebnisse der gesellschaftlichen Machbarkeit in Kürze

Die in den Beteiligungsprozess involvierten Akteurinnen und Akteure sehen deutlich überwiegende Chancen einer Biosphärenregion in den Bereichen Mobilität und Infrastruktur, Tourismus und Naherholung, Kultur und Soziales, Energie und Klima, Natur und Umwelt, Kulturlandschaften, Bauen und Siedlungsentwicklung, Forschung und Bildung. Auch für Industrie und Unternehmen wurden tendenziell überwiegend Chancen identifiziert, allerdings mit einigen wichtigen Bedingungen wie dem Prinzip der Freiwilligkeit und eines guten Marketings.

Durch die Ausweisung einer Biosphärenregion wurden für die Säge- und Holzindustrie neben Chancen auch größere Risiken identifiziert. Beispielsweise wurden Bedenken bezüglich des Klimaschutzes und dem Erhalt der natürlichen Artenvielfalt in stillgelegten Wäldern diskutiert. Gleiches gilt für potentielle Einschränkungen der landwirtschaftlichen Flächennutzung. Wiederkehrende Sorge wurde bezüglich einer fehlenden „Verlässlichkeit“ für die landwirtschaftliche Entwicklung der Region geäußert.

Im Folgenden finden Sie einen Überblick über die zentralen Chancen, Risiken und Bedingungen, die im Beteiligungsprozess identifiziert und diskutiert wurden.

„Biosphärenregion ist, was wir draus machen.“

(Zitat aus der AG Mensch und Wirtschaft)

Alleinstellungsmerkmale der Region

- einzigartige Kombination aus Stadt, Wald und Weinbau;
- hohe Bevölkerungsdichte, das heißt eine hohe Interaktion zwischen Mensch und Natur;
- ausgeprägte touristische Kulisse.

„Mein Wunsch an die Politik?

... dass die Chance ergriffen wird, um so eine nachhaltige und auf Chancengleichheit basierte Gesellschaft aufzubauen.“

(Zitat aus dem Jugenddialog)

Chancen einer Biosphärenregion

Der intensive Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren aus Wiesbaden, Main-Taunus und Rheingau-Taunus, die unterschiedliche Themenbereiche vertreten, hat deutlich gezeigt: Um zukünftig das wertvolle Natur- und Kulturerbe der Region zu erhalten und weiterhin eine hohe Lebensqualität der in der Region lebenden Menschen sicherzustellen, ist sowohl themenübergreifend als auch überregional eine Erweiterung der bestehenden Lösungen nötig. Genau hier setzen auch die von den Menschen in der Region gesehenen Vorteile einer Biosphärenregion an.

Was könnte eine Biosphärenregion für die Region leisten?

- Eine zukünftige Biosphärenregion bietet aus der Sicht der Teilnehmenden vor allem die Chance, Wachstum und Konsum in der Region in Einklang zu bringen mit Umwelt- und Klimaschutzziele. Damit werden auch die Zukunftsthemen Nachhaltigkeit und lebenswerte Umwelt aus der aktuellen Jugendbewegung aufgegriffen.
- Eine Biosphärenregion kann den Rahmen für eine themenübergreifende und regionale Vernetzung zur nachhaltigen Entwicklung der Region bieten. Alle interessierten Kreise und Kommunen könnten die Biosphärenregion als gemeinsame Dialogplattform nutzen, um gemeinsam Ziele und Lösungsansätze für Herausforderungen in Entwicklungsbereichen wie zum Beispiel Verkehr, Siedlungsentwicklung, Nahversorgung, Wirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Soziales zu entwickeln.
- Darüber hinaus kann die Region die Anerkennung der UNESCO als Gütesiegel zur Vermarktung regionaler Produkte, zur Steigerung der Attraktivität der Region als Ort zum Leben und Arbeiten sowie für den Tourismus besser nutzen.
- Als Modellregion und Lernort für Forschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung können in der Biosphärenregion neue Ansätze nachhaltiger Entwicklung erprobt werden – mit besonderer Ausstrahlung auch auf andere Metropolregionen („voneinander lernen“).
- Viele Interessen – begrenzte Flächen: Im Beteiligungsprozess wurde immer wieder die Notwendigkeit eines Instruments zum fairen, paritätischen, lösungsorientierten Aushandeln von Interessen- und Nutzungskonflikten unter anderem mit Blick auf Landnutzung und Flächenmanagement deutlich. Hier kann ein Biosphärenbüro als Moderatorin und Vermittlerin einen wichtigen Beitrag leisten.
- Ein institutionell verankertes Biosphärenbüro kann außerdem die regionale Vernetzung aktiv vorantreiben und als Koordinator, Ansprechpartner und Berater für Projektideen und Fördermittel bereitstehen. Somit könnten die Beantragung von Fördermitteln und die Umsetzung innovativer Ideen in der Region vereinfacht werden. Mit einer Biosphärenregion ist somit auch die Chance verbunden, finanzielle Fördermöglichkeiten auszuloten und auszuschöpfen.

Risiken einer Biosphärenregion

Zu Beginn des Beteiligungsprozesses geäußerte Bedenken und Risiken konnten teilweise bereits in der formalen Prüfung aufgegriffen und Maßnahmen zur Minimierung getroffen werden. So wurde der Zonierungsvorschlag unter der Maßgabe entwickelt, dass keine landwirtschaftliche Fläche durch Kernzonenausweisung wegfällt. Auch der Vorschlag zur Verwaltungsorganisation wurde – basierend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit – derart gestaltet, dass bestehende Institutionen und Träger keine Einschränkungen zu erwarten haben. Dennoch konnten nicht alle Bedenken im Beteiligungsverfahren ausgeräumt werden, insbesondere im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.

Welche Bedenken bestehen gegenüber einer Biosphärenregion?

- Bedenken wurden im Beteiligungsprozess vor allem von Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft geäußert. Hier besteht die Furcht vor Einschränkungen der ökonomischen Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe durch neue Auflagen und politisch gesetzte Ziele. Die Verlässlichkeit des Versprechens, dass in einer Biosphärenregion das Prinzip der Freiwilligkeit gelte – diese also keine neuen bürokratischen Hürden und Einschränkungen schaffe – wurde bezweifelt. Die Biosphärenregion könnte durch die Politik als argumentative Grundlage für neue Vorschriften genutzt werden.
- Weiterhin wurde Kritik an der Ausweisung von Kernzonen in Waldgebieten geäußert. Insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der Säge- und Holzindustrie wurde die Furcht vor wirtschaftlichen Verlusten und einem ggf. damit auch verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen geäußert. Des Weiteren wurde die Ausweisung weiterer Kernflächen zulasten der Säge- und Holzindustrie befürchtet, was aber im Laufe des Prozesses ausgeräumt werden konnte.
- Ein diskussionsintensives Thema war im Beteiligungsprozess zudem die Frage, ob unter Schutz gestellte Wälder einen geringeren Beitrag zu Klimaschutz leisten und ob die Artenvielfalt dort zurückgehe. Ob dies tatsächlich der Fall wäre und inwieweit dieses Risiko gegenüber den mit einer Biosphäre verbundenen Chancen im Bereich Klimaschutz und biologische Vielfalt tatsächlich überwiegen würde, konnte im Beteiligungsprozess nicht abschließend geklärt werden und wurde als Frage an die Forschung festgehalten.
- Betont wurde im Beteiligungsprozess auch, dass das Wort „Biosphärenregion“ schnell mit Restriktionen verbunden werde und nicht selbsterklärend sei. Eine Biosphärenregion könnte daher auf neue Gewerbe oder Investoren auch abschreckend wirken. Auch die Furcht vor der Dominanz von Umwelt- und Naturschutzziele über wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele (zum Beispiel Klimaschutz über Erhalt des Landschaftsbildes oder Naturschutz über ökonomische Entwicklung der Landwirtschaft) wurde immer wieder geäußert.
- Mit Blick auf die Abwägung von Kosten und Nutzen wurde außerdem das Risiko eines teuren, bürokratischen Verwaltungsapparates genannt sowie die Möglichkeit, dass eine Biosphärenregion ein „leeres Label“ bleiben könnte, in dem Geld und Marketingmaßnahmen „wirkungslos verpuffen“.
- In der Diskussion des Für und Wider einer Biosphärenregion wurde außerdem argumentiert, dass Vernetzung und Dialog auch ohne eine Biosphärenregion möglich seien und gemeinsame Projekte auch unabhängig von einer Biosphärenregion umgesetzt werden könnten.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit

Deutlich wurde bei der Diskussion um Chancen und Risiken, dass aufgrund der geringen Vergleichbarkeit mit anderen Biosphärenregionen in überwiegend ländlichen Gebieten Erfahrungswerte für Biosphärenregionen in Ballungsräumen fehlen. Ob Chancen oder Risiken überwiegen, ist also maßgeblich eine Frage der Ausgestaltung. Die folgenden Leitplanken für die weitere Ausgestaltung einer Biosphärenregion im Falle einer Antragstellung sollten aus der Sicht der Teilnehmenden berücksichtigt werden, damit Chancen maximiert und Risiken minimiert werden.

Zehn Leitplanken für die Ausgestaltung einer Biosphärenregion

1. Verbindliches, langfristiges Bekenntnis zum Prinzip der Freiwilligkeit (keine weiteren Regularien für Unternehmen und Landwirtschaft durch die Biosphärenregion).
2. Nutzung der Biosphärenregion als Ort für die Aushandlung von Zielkonflikten und den Dialog zwischen Interessengruppen.
3. Ausgewogene Entwicklung von ökologischem, wirtschaftlichem und sozialem Bereich.
4. Erarbeitung integrierter, überregionaler Ziele, Konzepte und Maßnahmen insbesondere für Verkehr/Mobilität, Tourismus, Breitbandausbau/Digitalisierung, Klimaschutz.
5. Aufbau von Netzwerken zur überregionalen und themenübergreifenden Vernetzung der Akteurinnen und Akteure.
6. Ausgestaltung eines Biosphärenbüros zur Koordination, Bündelung und Verstetigung von Fördermitteln, Kooperationen, Projektideen.
7. Aufbau des Gütesiegels „Biosphärenregion“ mit erläuterndem Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/Marketing und Darstellung von Leuchtturmprojekten.
8. Wissenschaftsbasierter Dialog zu strittigen Punkten im Beteiligungsprozess (unter anderem kritische Reflexion von Kernzonenausweisung im Wald, Ermittlung der Betroffenheit der Säge- und Holzindustrie, Land- und Forstwirtschaft im Konflikt zwischen politischen, ökologischen und marktwirtschaftlichen Anforderungen).
9. Stärkung und partnerschaftliche Zusammenarbeit bestehender Strukturen, Vorhaben und Gebietskulisen (keine Auflösung oder Einschränkung bestehender Institutionen durch die Biosphärenregion).
10. Aktive Einbindung der Bevölkerung, unter anderem durch Bildungsprojekte.

Im Folgenden werden die Kernergebnisse für jeden Themenbereich dargestellt.

Mobilität und Infrastruktur

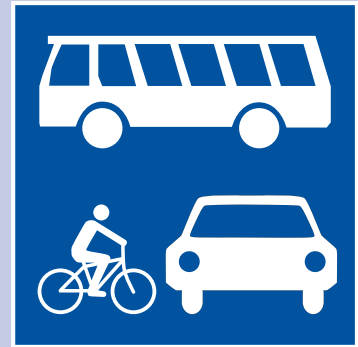
Mobilität und die dafür erforderliche Infrastruktur wurden im Beteiligungsprozess als eines der zentralen Zukunftsthemen der regionalen Entwicklung der Metropolregion genannt. Die Region ist durch ein hohes Berufspendelaufkommen geprägt. Es gibt sehr viele Menschen, die nach Wiesbaden, aber auch in die Mittelzentren einpendeln. Wiesbaden hat ca. 70.000 Einpendelnde und 50.000 Auspendelnde. In den ländlicheren Räumen dominieren die Auspendelnden. Im Main-Taunus-Kreis betrug 2016 der Anteil der Einpendelnden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 68,5%. Der Berufspendelverkehr, aber auch der Freizeitverkehr sowie das Transportgewerbe führen vielerorts zu erheblichen Belastungen der Ortskerne bis zur freien Landschaft. Die Verkehrsbelastung wird zudem zukünftig zunehmen und der Druck somit noch steigen.

Die Entwicklungen der verkehrlichen Infrastruktur sind dabei eng verknüpft mit einer wirtschaftlichen und sozialverträglichen Standortentwicklung, der Frage von Wohnort und Arbeitsort, der Anbindung der ländlichen Räume, Lärm und Abgasen in der Stadt und auf dem Land und dem Konfliktfeld Flächenverbrauch. Auch gesundheitsrelevante Einflüsse in Form von Lärm, Feinstaub, Abgasen und Gefahrenstofftransporten spielen hier eine Rolle. Hinzu kommt die Infrastruktur internationaler Verkehrswege. Alle Verkehrsträger sind in der Region relevant: Autobahnen, Wasserstraßen, Bahnlinien und die Luftfahrt in Gestalt des Drehkreuzes Frankfurter Flughafen. Auch digitale Infrastruktur oder die Energieversorgung durch Kraftwerke oder Stromfernleitungen haben große Bedeutung für die wirtschaftliche Prosperität, aber auch für die Lebensqualität in der Region. Gleiches gilt für die Wasserversorgung, die im Wesentlichen von den Waldgebieten und dem Stromsystem von Main und Rhein abhängt.

Im Beteiligungsprozess wurden überwiegend Chancen für die Mobilität und Infrastruktur identifiziert.

Chancen einer Biosphärenregion für Mobilität und Infrastruktur

- Mobilität und Infrastruktur wurden im Beteiligungsprozess themenübergreifend immer wieder als Bereich mit hoher Relevanz und hohem Handlungsdruck für die Region betont. Dabei sehen die Teilnehmenden eine Biosphärenregion als eine Chance, zwischen den drei Gebietskörperschaften, die zu einer Region werden, Lösungen zu finden – ob im Verkehr, in der Abfallentsorgung, in der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich oder in Breitbandausbau und Digitalisierung.
- Deutlich wurde im Beteiligungsprozess vor allem die Chance, in Kooperation mit den Landkreisen und Kommunen der Biosphärenregion ein auf bestehenden Konzepten aufbauendes und die drei Gebietskörperschaften einschließendes, integriertes Mobilitätskonzept zu entwickeln, bei dem auch die Interessen anderer Gruppen von Akteurinnen und Akteuren berücksichtigt werden. Zentral sind dafür Anstrengungen zur Reduktion des Pkw- und Lkw-Verkehrsaufkommens sowie der Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV in der Region; idealerweise kann die Biosphärenregion ein einheitliches, gemeinsames Tarifgebiet bilden. Der Ausbau von ÖPNV und Radwegen war auch im Jugenddialog ein Schwerpunktthema.



- Beim Ausbau des ÖPNV können gezielt die Belange von Kindern, Seniorinnen und Senioren sowie einkommensschwacher oder durch Behinderung weniger mobiler Menschen in den Blick genommen und gefördert werden, beispielsweise durch erschwingliche Sozial-ÖPNV-Tickets, verbesserte Sicherheitskonzepte und eine höhere Aufenthaltsqualität.
- Für den ländlichen Raum werden vor allem Chancen hinsichtlich einer verbesserten Verkehrsanbindung und infrastrukturellen Ausstattung gesehen; so kann ein Schwerpunktthema im Stadt-Land-Verbund beispielsweise die medizinische Nahversorgung im ländlichen Raum sein.
- Im städtischen Raum erhoffen sich die Teilnehmenden verkehrliche Entlastung, unter anderem durch autofreie Innenstädte und intelligente Mobilitätskonzepte für den Pendelverkehr. Auch für den Ausflugstourismus insbesondere am Wochenende besteht die Chance, dass neue Modelle geschaffen werden.
- Als weiteres wichtiges Thema wurden Breitbandausbau und Digitalisierung identifiziert. Diese Themen können in einer Biosphärenregion als Schwerpunktthemen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auch im ländlichen Bereich vorangetrieben werden. Die Digitalisierung stellt zudem eine Voraussetzung für den möglichen Aufbau und die Erprobung intelligenter Verkehrsleit-systeme mit modularen Verknüpfungen von ÖPNV und Individualverkehr dar.
- Eine Biosphärenregion kann außerdem als mögliches Experimentierfeld für neue Mobilitätsangebote gesehen werden, von Carsharing-Modellen über digitale Mitnahmeangebote, flexible Kombiangebote und E-Mobilität bis hin zu autonomen Rufbussen.

Risiken einer Biosphärenregion für Mobilität und Infrastruktur

- Eine Sorge bestand zu Beginn des Prozesses darin, dass die Ausweisung von Kern- und Pflegezonen zu Einschränkungen in verkehrlichen Entwicklungen führen kann; diese Bedenken konnten allerdings mit dem Zonierungsvorschlag weitestgehend ausgeräumt werden.
- Außerdem wurde eine Biosphärenregion in Zusammenhang mit einem Vorrang von ÖPNV-Ausbau vor Straßenbau gebracht. Hier wird das Risiko einer Beschränkung des Straßenbaus auf Instandhaltung mit sehr eingeschränkten Neubauten gesehen.
- Ein weiteres Risiko kann laut den Teilnehmenden darin bestehen, dass überregionale Kooperationen scheitern bzw. der Versuch, alle Interessen zu integrieren, zu einer zu starken Verlangsamung der Weiterentwicklung von Lösungen führen kann.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Mobilität und Infrastruktur

Diese Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Entwicklung eines integrierten, überregionalen Mobilitätskonzepts;
- überregionale, finanziell abgesicherte Maßnahmen zum Ausbau von Schienen-, Bus- und Radverkehr – zur Verkehrsentslastung im städtischen Raum und verbesserten Anbindung im ländlichen Raum;
- überregionale Maßnahmen für Breitbandausbau und Digitalisierung.

Tourismus und Naherholung

Die 700.000 in der Region lebenden Menschen benötigen und nutzen Erholungsmöglichkeiten im urbanen Raum und in ländlicheren Gebieten von Rheingau und Taunus. Als Tagestouristinnen und -touristen sind sie dadurch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Viele kleine Strukturen (zum Beispiel Biohöfe, Straußwirtschaften oder Gaststätten im Familienbetrieb) schaffen eine große Nähe zwischen Produzierenden und Konsumierenden. Auch für den nationalen und internationalen Tourismus sind sowohl die Stadt Wiesbaden als Tagungs- und Messestandort als auch der Rheingau und der Taunus als Kultur- und Naturräume mit zwei Welterbestätten attraktiv. Die Kooperation der touristischen Partnerorganisationen in der Region basiert auf dem Hessischen Drei-Ebenen-Modell, in dem Landes-, Regional- und lokale Ebene ihre jeweils eigenen Aufgaben wahrnehmen.

Für den Bereich Tourismus und Naherholung wurden im Beteiligungsprozess überwiegend mit einer Biosphärenregion verbundene Chancen identifiziert.

Chancen einer Biosphärenregion für Tourismus und Naherholung

- Ausgehend vom Hessischen Drei-Ebenen-Modell im Tourismus können der Main-Taunus-Kreis, der Rhein-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden das Gütesiegel „Biosphärenregion“ nutzen, um sich auf gemeinsame Ziele für sanften Tourismus zu verständigen, und gemeinsam Wege erproben, um regionale Tourismus- und Naherholungsangebote nachhaltig zu gestalten und zu vermarkten.
- Als wichtige Chance der interkommunalen Zusammenarbeit wird dabei der Ausbau der Infrastruktur im regionalen Verbund gesehen, beispielsweise durch eine regional abgestimmte Wander- und Radwegeplanung und die Abstimmung zwischen öffentlichem Nahverkehr und KuLaDig (Informationssystem über die Historische Kulturlandschaft und das landschaftliche Kulturerbe). So sollte die Erreichbarkeit bisher weniger erschlossener Ausflugsorte verbessert werden.
- Außerdem können gemeinsame Freiraumkonzepte unter Berücksichtigung bestehender Regional-, Natur- und Landschaftsparks erstellt werden. Orte der „touristischen Überhitzung“ könnten durch Alternativangebote und eine gezielte Besucherlenkung entlastet werden.
- Auch handelnde Personen aus dem sozialen Bereich sollten eingebunden werden, um Angebote sozialverträglich, integrativ und inklusiv zu gestalten, beispielsweise durch den Ausbau des barrierefreien Tourismus oder von Spezialangeboten wie Ruhe-Inseln oder Sternenparks.
- Sowohl die in der Region lebenden Menschen als auch Reisende können profitieren, wenn die kulturellen Schätze und Angebote in der Region besser sichtbar werden. Angebote in der Stadt können auf dem Land besser bekannt gemacht werden und umgekehrt. So sind für die Menschen in der Region Anreize notwendig, mehr Nahziele zu nutzen.
- Als Wirtschaftszweig mit hohem Zukunftspotenzial kann sich ein gutes Tourismusmarketing auch positiv als Standortfaktor im Tourismus-Fachkräftewettbewerb auswirken.
- Durch die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren in der Region könnten innovative Konzepte in Hotellerie, Gastronomie und Tourismus entstehen, bei-



spielsweise durch Schnittstellen mit der regionalen Landwirtschaft oder neue Mobilitätskonzepte.

- Wichtige Schnittstellen werden auch zwischen Tourismus und Bildung gesehen: Durch Bildungstourismus, Umweltpädagogik und Naturerlebnispädagogik können sowohl das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung als auch das Interesse an regionaler Landwirtschaft sowie die kulturellen und natürlichen Schätze der Region gestärkt werden. Besonders im Winter könnten Seminarangebote zur Saisonverlängerung genutzt und so wiederum Arbeitskräfte gehalten werden.

Risiken einer Biosphärenregion für Tourismus und Naherholung

- In einer Biosphäre kann das Risiko darin liegen, dass ein neues touristisches Label für Unklarheit auf Seiten der Reisenden sorgt. Um dieses Risiko zu mindern, sollten bei der Entwicklung einer Marketingstrategie für die Biosphärenregion das bestehende Drei-Ebenen-Modell sowie die bestehenden Standortmarketingansätze berücksichtigt werden. Dabei müsste auch weiter konkretisiert werden, wo die Biosphärenregion einen Mehrwert, aufbauend auf den bestehenden Strukturen, schaffen kann.
- Thematisiert wurde im Beteiligungsprozess auch das Spannungsfeld zwischen einem zunehmenden Tourismus und der damit verbundenen Belastung der natürlichen Umwelt, zum Beispiel durch Zunahme von Verkehr, Abfall oder Störung sensibler Biotope. Dies kann allerdings nicht als Risiko einer Biosphäre gesehen werden, sondern wäre – unabhängig davon, ob die Region Biosphärenregion wird oder nicht – Folge eines unkoordinierten Wachstums. Nach Ansicht der Teilnehmenden kann dieses Spannungsfeld durch eine Biosphärenregion und das gemeinsame Bekenntnis zu einem sanften Tourismus aktiv gesteuert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Zonierung hingewiesen, die sensible Bereiche vor land- und naturschutzschädigendem Tourismus schützen kann.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Tourismus und Naherholung

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- überregionale und themenübergreifende Vernetzung der Akteurinnen und Akteure unter Berücksichtigung des Drei-Ebenen-Modells;
- Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts bzw. Leitbilds für sanften Tourismus, dabei Aufgreifen bestehender Konzepte;
- Entwicklung einer Marketingstrategie mit dem Gütesiegel „Biosphärenregion“.

Industrie und Unternehmen

Die Region verfügt über eine diversifizierte Dienstleistungsbranche und Industrie mit zahlreichen klein- und mittelständischen Betrieben mit großer Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit. Das Gebiet ist Teil der dynamischen Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und zeichnet sich durch seine zentrale Lage in Europa, die international bedeutende Verkehrsinfrastruktur und die breit aufgestellten Wissensstandorte aus.

Es handelt sich bei der Region um eine ökonomisch überdurchschnittlich starke Region mit hohem Durchschnittseinkommen und einem hohen Qualifizierungsgrad der Erwerbstätigen (Schwerpunkt tertiärer Sektor), sowohl im bundesweiten als auch im hessenweiten Vergleich. Trotzdem gibt es diverse sozioökonomische Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Kinderarmut, Altersarmut oder sehr niedrige Qualifizierungsgrade. So gehörten im Jahr 2016 in Wiesbaden 45,8% der Haushalte zu jenen mit niedrigem Einkommen. Die Diskrepanz in der Region wird deutlich.

Sowohl bei den Bürgerforen als auch in den Arbeitsgruppen wurden die Auswirkungen einer Biosphärenregion auf die regionale Wirtschaft intensiv diskutiert. Da es bislang kaum Modellbeispiele für Biosphärenregionen in Metropolregionen gibt, an denen man sich orientieren könnte, wurde im Diskussionsprozess zu Industrie und Unternehmen viel Wert auf bestimmte Anforderungen zur Ausgestaltung einer Biosphärenregion gelegt, um Chancen zu maximieren und Risiken zu minimieren.

Im Beteiligungsprozess ergibt sich für Industrie und Unternehmen ein neutrales Bild, bei dem tendenziell die Chancen überwiegen.

Chancen einer Biosphärenregion für Industrie und Unternehmen

- In einer Biosphärenregion können Akteurinnen und Akteure gemeinsam ein Entwicklungskonzept erarbeiten, das ein langfristiges, verlässliches und von politischen Entwicklungen unabhängiges Fundament der wirtschaftlichen Entwicklung der Region bildet.
- Unternehmen können ihre regionalen Produkte und Dienstleistungen mit dem Qualitätslabel „Biosphärenregion“ vermarkten und daraus Wettbewerbsvorteile ziehen. Ein besonders großes Potenzial wird dahingehend in der Tourismusbranche verortet. Auch der Weinbauverband sieht darin eine Chance.
- Als weicher Standortfaktor kann die Biosphärenregion die Attraktivität der Region für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigern und ein regionales Fachkräftepooling fördern sowie Vorteile bei der Gewinnung externer Fachkräfte bieten.
- Was für die Anziehung von Fachkräften gilt, wird auch im Hinblick auf die Attraktivität des Standorts für die Ansiedlung von Start-ups und Unternehmen in der Region gesehen: Innovative Lösungen und Leuchtturmprojekte werden in einer Biosphärenregion sichtbar gemacht, die Region kann sich stärker als bisher als Innovationsstandort für nachhaltige Wirtschaft entwickeln. In diesem Zusammenhang fiel auch das Stichwort „Sustainable Valley“.
- Durch die bessere Vernetzung der Region können in einer Biosphärenregion regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten gestärkt werden;



vor allem in der Stadt-Land-Kooperation werden dafür Potenziale gesehen. Dahingehend kann zudem eine Vernetzung von Kundinnen und Kunden mit Bedarf an regionalen Produkten mit den Erzeugerinnen und Erzeugern verbessert werden. Dadurch ergeben sich auch Chancen in anderen Bereichen, zum Beispiel durch eine Vermarktung regionaler Baustoffe.

- Im Dialog zwischen unterschiedlichen Interessengruppen könnten ökonomisches Wachstum besser mit ökologischen und sozialen Zielen in Einklang gebracht und damit die Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert werden. Gerade angesichts der Flächenkonkurrenz (unter anderem zwischen Wohnung/Gewerbe und Landwirtschaft/Naturschutz) wird die Biosphäre einen Ort für ein nachhaltiges Flächenmanagement bieten, das unterschiedliche Interessen in Einklang bringt.
- In einer Biosphärenregion werden Freiräume für neue, innovative Lösungen für nachhaltige Entwicklung in unterschiedlichen Handlungsbereichen geschaffen – von neuen Carsharing-Modellen über mobile Nahversorgungsangebote, Fair-Trade-Initiativen bis hin zu innovativen Ideen für die Nutzung von Leerstand.
- Im Rahmen einer Biosphärenregion können außerdem aktiv Strategien für Arbeitsplätze im ländlichen Raum entwickelt werden, möglicherweise auch als Teil regionaler Konzepte zur Verringerung des Pkw-Verkehrs, zum Beispiel durch Coworking Spaces und Home-Office-Regelungen.

Risiken einer Biosphärenregion für Industrie und Unternehmen

- Es wurde vor allem darauf hingewiesen, dass das Label „Biosphärenregion“ nicht selbsterklärend ist und auf Unternehmen und Investoren abschreckend wirken kann. Dieses Risiko kann durch ein positives Marketing reduziert werden.
- Außerdem wurden wirtschaftliche Restriktionen durch neue Regularien oder zusätzliche Bürokratie befürchtet. Hierzu wurde als Bedingung für eine Biosphärenregion vor allem das Prinzip der Freiwilligkeit formuliert: Eine Biosphärenregion ist für Industrie und Unternehmen nur dann attraktiv, wenn Unternehmen dadurch nicht in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt werden.
- Eine weitere mögliche negative Auswirkung wurde mit Blick auf die Ausweisung von Kernzonen in Waldgebieten und die Konsequenzen für die Säge- und Holzindustrie formuliert; hier besteht die Sorge, dass Arbeitsplätze wegfallen können. „Nachhaltiges Ressourcenmanagement“ müsse auch in Hinblick auf Arbeitskräfte gelten. Hier ist zu beachten, dass die Ausweisung von Naturwäldern im Rahmen der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes und freiwilliger Aktivitäten der Kommunen erfolgt und daher eine Biosphärenregion keine zusätzlichen Ausweisungen erfordert.
- Zuletzt wurde die Sorge geäußert, dass Geld und Marketingmaßnahmen „wirkungslos verpuffen“ können. Um dieses Risiko zu mindern, wurden eine gut aufgestellte Biosphärenverwaltung und die Bereitschaft aller handelnden Personen, das gemeinsame Ziel der nachhaltigen Entwicklung auch gemeinsam voranzutreiben, als wichtige Bedingungen gesehen.
- Zudem wurde als mögliches Risiko geäußert, dass die Chancen einer Biosphärenregion nur dann wirksam sein können, wenn viele Partnerbetriebe mitmachen.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Industrie und Unternehmen

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Entwicklung einer gemeinsamen (Standort-)Marketingstrategie der Biosphärenregion;
- verbindliche, langfristige, von politischen Zyklen unabhängige Bekenntnis der Politik zum Prinzip der Freiwilligkeit und Sicherstellung, dass aufgrund der Biosphärenregion keine weiteren Regularien für Industrie und Unternehmen entstehen dürfen;
- weiterer Dialog zum Thema Flächenkonkurrenz mit dem Ziel eines nachhaltigen Flächenmanagements, das unterschiedliche Interessen aktiv verhandelt und berücksichtigt.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau

Die Landwirtschaft ist mit der Weinbauregion Rheingau, den Obst- und Streuobstwiesen rund um Wiesbaden, im Main-Taunus-Kreis und im Taunus und der klassischen Mischung von Grünland und Getreideanbau im Taunus vielfältig und bedient sowohl regionale wie nationale und internationale Märkte. Großflächige, naturnah bewirtschaftete und artenreiche Laubmischwälder prägen vorrangig die Höhenzüge des Taunus und Rheingaugebietes, aber auch Auen am und im Rhein. Besondere Herausforderungen für Land- und Forstwirtschaft liegen im steigenden Flächendruck sowie im Spannungsfeld zwischen einer umweltverträglichen und dabei gleichzeitig weiterhin konkurrenzfähigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Auswirkungen einer Biosphärenregion auf die Land- und Forstwirtschaft in der Region wurden im Beteiligungsprozess kontrovers diskutiert. Die Meinungen bezüglich der Rolle einer Biosphärenregion für die Land-, Forstwirtschaft und das Jagdwesen gehen stark auseinander. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass der Dialog zwischen unterschiedlichen Interessen wertvoll ist und weitergeführt werden sollte. Uneinigkeit bestand allerdings bezüglich der Frage, ob hierfür eine Biosphärenregion nötig ist.

Im Beteiligungsprozess wurden für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau Chancen und Risiken strittig diskutiert. Die Meinungen gehen hier stark auseinander.

Chancen einer Biosphärenregion für Land- und Forstwirtschaft

- Die Biosphärenregion kann durch die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten neue Vermarktungswege für Land- und Forstwirtschaft bieten, unter anderem zwischen Stadt und Land. Es könnten beispielsweise verstärkt regionale Baustoffe für den Siedlungsbau genutzt werden.
- Interessierte Landwirtschaftsbetriebe können außerdem das Label „Biosphärenregion“ für das Marketing ihrer Produkte nutzen, um die Attraktivität und



damit den Verkauf ihrer Produkte zu steigern. Das Siegel fand im Weinbauverband positive Resonanz, bei anderen landwirtschaftlichen Produkten wurde der Mehrwert als geringer eingeschätzt, da die meisten landwirtschaftlichen Betriebe nicht in erster Linie von Direktvermarktung leben.

- Die Biosphärenregion kann ein „Dach“ bieten, um Nutzungskonflikte im Rahmen der Flächenkonkurrenz zu erörtern, um einen fairen Ausgleich zwischen Interessen wie Wohnen, Gewerbe, Erhalt der Biodiversität und Natur und Kulturlandschaft und der Land- und Forstwirtschaft zu erlangen. Das Biosphärenbüro kann dabei als Vermittler und Moderator fungieren. Davon können auch landwirtschaftliche Betriebe profitieren. Eine Biosphärenregion könnte zukünftig ein Instrument sein, um Nutzungskonflikte im Dialog (konsensual), fair, lösungsorientiert, innovativ und basierend auf Freiwilligkeit zu lösen.
- Die Land- und die Forstwirtschaft sind wichtige Akteurinnen, die in Bezug auf den Erhalt der Artenvielfalt bereits viel Erfahrung gesammelt haben. In einer Biosphärenregion können sie diese Erfahrungen an andere Akteurinnen und Akteure weitergeben, voneinander lernen und im Dialog auf freiwilliger Basis neue Wege ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiger Entwicklung ausprobieren. Dafür kann eine Biosphärenregion einen Fundus an Förderwerkzeugen für nachhaltige Landnutzung bieten.
- Initiativen aus der Landwirtschaft wie zum Beispiel Maßnahmen der Biotopvernetzung und des Erhalts der Artenvielfalt können unterstützt und gefördert werden. Auch die Wahrung der Streuobstflächenbestände und die Unterstützung der regionalen Direktvermarktung wurden als Chance benannt.
- Angeführt wurde auch der mögliche Vorteil, dass die Landwirtschaft über ein Biosphärenbüro Anträge für interdisziplinäre und praxisorientierte Forschung mit Fragen und Interessenerkenntnissen aus der Landwirtschaft stellen können.
- Auch die Förderung des Verständnisses für die Anliegen der Landwirtschaft und die Produktion in den Betrieben und ein stärkeres Bewusstsein der Menschen für die Wichtigkeit der Unterstützung der regionalen Landwirtschaft kann eine Chance für die Landwirtschaft bedeuten. Im Jugenddialog wurde hierfür die Wichtigkeit des Austauschs zwischen Erzeugenden und Konsumentinnen/Konsumenten betont.

Risiken einer Biosphärenregion für Land- und Forstwirtschaft

- Das im Beteiligungsprozess unter dem Stichwort Risiken meistdiskutierte Thema waren mögliche negative Auswirkungen durch neue Auflagen oder Bürokratie. Der Kreisbauernverband Rheingau-Taunus hat sich im Beteiligungsprozess aufgrund dieses Risikos bereits frühzeitig ablehnend gegenüber einer Biosphärenregion positioniert. Es besteht die Sorge, dass landwirtschaftliche Betriebe durch eine zusätzliche Verwaltungsinstanz mit mehr Bürokratie und neuen Auflagen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung behindert werden können. Die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation der Betriebe könne dadurch noch verstärkt werden.
- Der Aussage, dass in einer Biosphärenregion kein Landwirt zu einer ökologischen Produktion gezwungen wird und man weiterhin frei entscheiden kann, wurde im Beteiligungsprozess misstraut. Es besteht aus der Sicht der Teilnehmenden das Risiko, dass die Politik die Biosphärenregion als argumentative Grundlage für neue Auflagen nutzen würde. Wenn Produkte wiederum nicht am Markt und damit an der Nachfrage, sondern an politischen Zielen orientiert sind, kann die Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt werden. Die Zweifel an

der Verlässlichkeit des Versprechens keiner weiteren Einschränkungen wurden vor allem mit negativen Erfahrungen aus der Vergangenheit sowie teilweise Frustration über die Wirkung bestehender Zusammenschlüsse begründet.

- Befürchtet wird dabei auch ein zusätzlicher Druck auf die Landwirtschaft, ohne finanzielle Vorteile zusätzliche Flächen für eine Erweiterung der Pflegezone bereitzustellen.
- Eine weitere Befürchtung betrifft die Holzindustrie. Aufgrund des Zonierungsvorschlags, laut dem die Kernzone maßgeblich in Waldgebieten liegen soll, wird befürchtet, dass für die Säge- und Holzindustrie wirtschaftliche Verluste und damit auch Arbeitsplatzverluste entstehen können. Dem wurde entgegengestellt, dass die Ausweisung von Kernflächen ohnehin im Rahmen der Naturschutzleitlinie des Landesbetriebs Hessen-Forst und der FSC- und Naturland-Zertifizierungen erfolgt sind. Nach aktuellem Stand des Zonierungsentwurfs werden keine zusätzlichen Waldflächen durch die Biosphärenregion aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen.
- Jägerinnen und Jäger haben außerdem die Befürchtung geäußert, dass die klassische Jagd vor allem in den Kernzonen durch neue Regularien eingeschränkt oder untersagt werden könnte, was nicht dem Erhalt der Artenvielfalt dienen würde.
- Zuletzt wurde kritisch angemerkt, dass viele der als Chancen einer Biosphärenregion formulierten Themenschwerpunkte wie zum Beispiel die Förderung von Holz als Baustoff auch ohne eine Biosphärenregion mit den bereits bestehenden Strukturen umgesetzt werden könnte.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Land- und Forstwirtschaft

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- klares und schriftliches Bekenntnis der Politik hinsichtlich der Verlässlichkeit der Aussage, dass eine Biosphärenregion nicht zu weiteren Auflagen für landwirtschaftliche Betriebe führt und jegliche Teilnahme freiwillig ist;
- weiterer Dialog mit der Säge- und Holzindustrie zur Ermittlung einer konkreten Betroffenheit;
- Intensivierung der Verbraucherbildung zur Wertschätzung regionaler und/oder ökologisch hergestellter Lebensmittel;
- Zielvereinbarungen zwischen Landwirtschaft, Forstwirtschaft – Waldbesitzern bzw. Flächeneignern –, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Interessenverbänden in Sachen Nutzung und Vermarktung/regionale Verarbeitung;
- Erhalt der Jagd Ausübung nach geltendem Jagdrecht in Kern- und Pflegezonen anstelle eines Wildmanagements oder sogar nur reinen Schadenswildmanagements.



Bauen und Siedlungsentwicklung

So viel wie heute wurde in den vergangenen 50 Jahren nicht gebaut. Eine Ausnahme stellt höchstens der Bauboom im Rahmen der Entwicklung Wiesbadens zur Weltkurstadt im 19. Jahrhundert dar. Die frühere Siedlungsentwicklung war durch Dörfer und Städte mit einer überwiegend aus Bauern- und Handwerkerfamilien bestehenden Bevölkerung geprägt. Handarbeit und die Verwendung regionaler Baustoffe waren die Regel und Notwendigkeit. Gegenwärtig werden in hoher Taktung neue Gebäude und Gewerbeflächen errichtet.

Alle drei Teilregionen haben in den letzten Jahren einen Bevölkerungszuwachs erlebt. Ein weiterer Zuwachs wird in unterschiedlichem Maß für alle drei Teilregionen prognostiziert; allerdings ist zu beachten, dass im Main-Taunus-Kreis und im Rheingau-Taunus-Kreis der prognostizierte Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Zuwachs durch Geburten minus Minderungen durch Todesfälle) negativ ist.

Damit verbunden ist eine Reihe von Herausforderungen, unter anderem hoher Siedlungsdruck in Wiesbaden und Umkreis, Überalterung, Abwanderung junger Menschen aber auch Altersabwanderung insbesondere in ländlicheren Regionen, ein hohes Maß an Zersiedlung durch Bebauung, rückläufige regionaltypische Bebauungen, fehlender bezahlbarer Wohnraum sowie zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Wohnen und Gewerbe bzw. Energielandschaften mit Windkraft, Photovoltaik und Fernleitungen für Strom.

Für den Bereich Bauen und Siedlungsentwicklung wurden im Beteiligungsprozess überwiegend mit einer Biosphärenregion verbundene Chancen identifiziert.

Chancen einer Biosphärenregion für Bauen und Siedlungsentwicklung

- Ähnlich wie in anderen Themenbereichen hat der Beteiligungsprozess ergeben, dass mit einer Biosphärenregion vor allem die Chance einer verstärkten interkommunalen und kreisübergreifenden Kommunikation und Zusammenarbeit in der Siedlungsentwicklung gesehen wird, um überregionale Herausforderungen und Nutzungskonflikte anzugehen, wie zum Beispiel das Dilemma zwischen fehlendem Wohnraum und dem Erhalt natürlicher Böden und Landschaften. Eine freiwillige Kooperation im Stadt-Land-Verbund, die die kommunale Planungshoheit nicht einschränkt, kann auch die Chance bieten, gemeinsame Lösungen für demografische Entwicklungen zu finden.
- Konkret könnte eine Biosphärenregion eine koordinierende Plattform bieten, um Flächennutzungspläne über Gemeindegrenzen hinweg abzustimmen und Ansätze gemeinwohlorientierter Flächennutzungsplanung zu erproben.
- Im ländlichen Raum können beispielsweise interkommunale und interdisziplinäre Lösungen entwickelt werden, um Dorfkerne in ländlichen Räumen lebendig zu halten bzw. umzubauen, um gutes Wohnen und Arbeiten auf dem Land zu ermöglichen. Damit wiederum kann der Siedlungsdruck im städtischen Raum gemindert werden.
- Insbesondere im Jugenddialog wurde die Notwendigkeit einer gezielten Steuerung von Siedlungsentwicklung zur Vermeidung einer Verstädterung (Verschmelzung von Dörfern) betont, möglichst auch unter Einbindung Jugendlicher in Beteiligungsprozesse.

- Auch vom Ausbau digitaler Infrastruktur im ländlichen Raum kann der städtische Raum profitieren, wenn dadurch mehr Menschen weiterhin gern und gut auf dem Land wohnen.
- Dabei wurde auch immer wieder angemerkt, dass eine Biosphärenregion das Zusammendenken von Sozialbelangen und Wohnen fördern könnte. Besonders wurde die Durchmischung von Wohnen und Arbeiten sowie die soziale Durchmischung und bezahlbarer sowie gemeinnütziger Wohnraum als Aspekte einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung betont. Hier können innovative Modelle für eine nachhaltige Siedlungs- und Gewerbeentwicklung sowie für gemeinwohlorientierte Wohn- und Quartiersprojekte zur sozialen und kulturellen Teilhabe erprobt und wissenschaftlich begleitet werden. Insbesondere in vernachlässigten Quartieren können die Lebens-, Bildungs- und Entwicklungschancen vulnerabler Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel armutsgefährdete Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung) durch gut zugängliche und sichere öffentliche Räume für Erholung, Sport und Begegnung sowie einen Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur verbessert und langfristig eine soziale Ausgewogenheit der Siedlungsstruktur angestrebt werden, um sozialräumlicher Spaltung entgegenzuwirken.
- Ein im Themenbereich Siedlungsentwicklung sehr häufig angesprochenes Thema war der Verkehr. Hier wurde betont, dass unter dem Dach einer Biosphärenregion Verkehrsprojekte Hand in Hand mit Siedlungsentwicklung geplant werden könnten (vgl. Mobilität und Infrastruktur, S. 35).
- Im Bereich Bauen werden mit einer Biosphärenregion, die sich klar an Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientiert, vor allem die Förderung regionaltypischen, nachhaltigen, bodenschonenden, nutzungsflexiblen und klimagerechten, aber auch innovativen Bauens und die Nutzung regionaler und recyclingfähiger Baustoffe verbunden, unter anderem durch die Erstellung von Baufibeln und die Etablierung einer nachhaltigen Baukultur. Vorgeschlagen wurden hier die Einrichtung eines regionalen Beirats für Baukultur unter Einbindung der hierfür relevanten Institutionen und Kommunen sowie der Aufbau einer regionalen Bauberatung.
- Betont wurden außerdem die Wichtigkeit eines vorsorgenden Bodenschutzes und der Fokus auf den Schutz und die Erhaltung von Ökosystemen vor dem Hintergrund von Flächenneuanspruchen. Durch eine Biosphärenregion kann das Bewusstsein für den Wert des Rohstoffs Boden gestärkt werden.

Risiken einer Biosphärenregion für Bauen und Siedlungsentwicklung

- Als Risiko einer Biosphärenregion für die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung wurde die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme identifiziert. Eine Biosphärenregion kann demnach dazu beitragen, dass Naturschutz Vorrang vor Siedlungsentwicklung oder anderen Interessen wie Landwirtschaft, Gewerbe oder Wohnen erhalten kann bzw. eine Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Gewerbeentwicklung erschwert wird.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Bauen und Siedlungsentwicklung

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- den Ausbau digitaler Infrastruktur als Thema nachhaltiger Entwicklung vorantreiben („Biosphäre wird Gigabit-Region“);

- gezielte Siedlungsentwicklung nach einem gemeinsam vereinbarten Handlungsfundament, um soziale Durchmischung und eine Mischung aus Wohnen und Arbeiten zu fördern;
- Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum herausarbeiten und die spezifischen Chancen fördern.



Soziales

Im Beteiligungsprozess wurde betont, dass in einer Biosphäre in Main-Taunus, Rheingau-Taunus und Wiesbaden ein besonderes Augenmerk auf nachhaltige Entwicklung im Sinne einer sozialverträglichen Entwicklung gelegt werden sollte. Soziale Themen spielen in dem Gebiet mit rund 700.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine große Rolle. Konfliktfelder sind dabei unter anderem eine wachsende Kluft zwischen Gutverdienenden und Einkommensschwachen sowie die demografische Entwicklung einschließlich Wohnraummangel und überlasteter Verkehrsinfrastruktur. Ein besonderer Fokus sollte auf die wachsende Zahl der Hochbetagten gerichtet werden. Für den Rheingau-Taunus-Kreis wird zum Beispiel bis 2030 ein Bevölkerungsanteil der über Achtzigjährigen von 9,3% prognostiziert. Bei Kindern und Jugendlichen in Wiesbaden ist zu beachten, dass sich viele in einer schwierigen Lebenssituation befinden. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Kinder in Armut in Wiesbaden 23,6%.

In der Diskussion um mögliche Konsequenzen einer Biosphärenregion für Kultur und Soziales in der Region sehen die Teilnehmenden überwiegend Chancen.

Chancen einer Biosphärenregion für Kultur und Soziales

- Insgesamt wurde im gesamten Beteiligungsprozess immer wieder festgestellt, dass mit einer Biosphärenregion Chancen für eine hohe Lebensqualität der dort lebenden Menschen verbunden sind, da diese ganz direkt davon profitieren, wenn die Region sich unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte entwickelt.
- Unter dem Dach einer gemeinsamen Biosphärenregion kann der soziale Bereich bei der Entwicklung der Region besser und konsequenter in anderen Entwicklungsbereichen berücksichtigt werden, beispielsweise bei der Planung eines barrierefreien ÖPNV oder bei der sozialverträglichen Siedlungsentwicklung. Weiche soziale Standortfaktoren wie Selbstwirksamkeit, Solidarität, Identifikation mit dem Wohnort und der Region sowie Bildung sozialer Netzwerke sollten mitbedacht werden und könnten die Attraktivität und Inklusion in der Region steigern.
- Profitieren kann die Region zudem durch einen Ausbau ausreichend flexibler Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Pflege und medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Dadurch kann die Teilhabe sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen gestärkt werden, wobei insbesondere Seniorinnen und Senioren, die durch den demografischen Wandel wachsende Gruppe, von kurzen Wegen profitieren würden.
- Die vielen kleinen Initiativen können in einer Biosphärenregion zielführender gebündelt und weiterentwickelt sowie Ansätze eines ortsbezogenen bzw. regionalen sozialen Monitorings eingeführt werden.

- Es wird die Chance gesehen, dass durch Bündelung und Beratung eines Biosphärenbüros Fördergelder für soziale Projekte akquiriert werden können.
- Betont wurde außerdem die Schnittstelle zwischen Bildung und sozialen Aspekten (vgl. den Abschnitt „Bildung“, S. 54). Eine gezielte frühkindliche und schulische Bildung kann zudem einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte der Region leisten. Besondere Schwerpunkte könnten hier auf die Bildungsförderung für benachteiligte Kinder sowie die berufsbezogene Qualifizierung, Berufsausbildung und das lebenslange Lernen gelegt werden. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften können bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Personen bei einer Wiederintegration verstärkt unterstützen.
- Angebote und Maßnahmen in der Biosphärenregion sollten sich dabei an der Realität der soziokulturellen Diversität der Bevölkerung orientieren. Je nach Bedarf könnten beispielsweise Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund intensiviert sowie Angebote gegen Vereinzelung und Vereinsamung für verschiedene Altersstufen und soziale Gruppen weiterentwickelt werden, um den sozialen Zusammenhalt in der Region zu fördern.
- Unter dem Aspekt der Lebensqualitätssteigerung wird auch das Potenzial gesehen, innerhalb einer Biosphärenregion Maßnahmen der Gesundheitsförderung zu erproben, zum Beispiel durch den Aufbau neuer Begegnungs-, Aktivitäts- und Ruheräume, Gesundheitskampagnen, eine Verbesserung der Umweltqualität (zum Beispiel Reduktion von Lärm und Luftverschmutzung) sowie eine Begrünung der Stadtteile und Klimaanpassungsmaßnahmen.
- Deutlich hervorgehoben wurde auch die mögliche Stärkung der regionalen Identität, des sozialen Zusammengehörigkeitsgefühls und des kulturellen Bewusstseins. Zitat eines Online-Beteiligten: „Eine Biosphärenregion könnte die Selbstverständlichkeit fördern, immer auch an seinen Nachbarn zu denken.“ (vgl. auch den Abschnitt „Bildung“, S. 54). Zur stärkeren regionalen Identifikation können zudem Angebote zur sozialen und politischen Partizipation (zum Beispiel öffentliche Diskus- und Experimentierräume, Konfliktregulierungen) sowie Maßnahmen zur Qualifizierung zur Teilhabe beitragen.

Risiken einer Biosphärenregion für Kultur und Soziales

- Als Risiko im Bereich Kultur und Soziales wurde die Entstehung eines bürokratischen Förderwesens identifiziert. Dieses Risiko kann allerdings nach Ansicht der Teilnehmenden durch ein Biosphärenbüro, das die Projekt- und Maßnahmenförderung qualifiziert bearbeitet, verstetigt und bündelt, minimiert werden.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Kultur und Soziales

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Einrichtung eines Biosphärenbüros, unter anderem zur Bündelung und Verstetigung des Förderwesens;
- Rücken der gesellschaftlichen und sozialverträglichen Entwicklung ins Zentrum der Biosphärenregion, insofern eine intensive Einbindung von Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich (Biosphäre als Ort, an dem ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zusammengedacht werden).



Energie und Klima

Der Energieverbrauch für Wohnen, Dienstleistungs- und Wirtschaftsbetriebe, Verkehr und zunehmend die Kommunikation wird aktuell überwiegend durch konventionelle Energieträger abgedeckt. Regenerative Energiequellen werden zwar zunehmend erschlossen, oft auf der Basis integrierter, kommunaler Klimaschutzkonzepte oder des Engagements von Privatleuten und Firmen, allerdings oftmals ohne eine Abstimmung untereinander. Ebenso werden Windkraftstandorte und überregionale Energiestrassen in der Region kontrovers diskutiert. Die großen Naturraumanteile in den Mittelgebirgslagen, an Rhein und Main sind wesentliche Faktoren für die Luftqualität in der Region. Klimatisch positiven Erholungsräumen, Frischluftquellen und Ruheorten stehen verlärmte Räume im Rheintal oder im Einflussbereich des Frankfurter Flughafens gegenüber.

Auch im Themenbereich Energie und Klima sehen die Teilnehmenden überwiegend Chancen einer Biosphärenregion.

Chancen einer Biosphärenregion für Energie und Klima

- Die Region kann durch eine Biosphärenregion Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden, indem sie sich gemeinsame Ziele setzt (zum Beispiel 100% Versorgung aus erneuerbaren Energien, CO₂-Neutralität, Energieeffizienz) und im Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen Maßnahmen der Erreichung der Ziele erarbeitet und umsetzt.
- Eine Biosphärenregion kann den Austausch zwischen Forschung und Praxis im Bereich Energie und Klima stärken und in Kooperation Best-Practice-Beispiele schaffen. Kleine Forschungs- und Technologiecluster im Bereich Erneuerbare Energien, Suffizienzstrategien und Klimaschutz sowie -anpassung können in der Region praxisorientiert entwickelt und erprobt werden.
- Als Querschnittsthema spielen nachhaltige Energien und Klimaschutz in allen Entwicklungsbereichen eine Rolle; in einer Biosphärenregion können Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der Stadt und auf dem Land gestärkt werden, zum Beispiel Begrünungsmaßnahmen im städtischen Raum oder Bürgersolaranlagen. Dazu zählt auch die Stärkung vorhandener Strukturen (zum Beispiel Beratungsstellen).
- Die Biosphärenregion kann außerdem eine Plattform bieten, um ökologische, ökonomische und soziale Zielkonflikte – zum Beispiel Erhalt des Landschaftsbildes versus Einsatz von Windkrafträdern oder energetische Sanierung versus Mietkosten – aktiv und konsensual auszuhandeln.
- Auch Aspekte der sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende beispielsweise bezogen auf die Preisentwicklung sollten berücksichtigt werden und könnten durch gemeinnützige Projekte wie Energiesparchecks für einkommensschwache Haushalte begleitet werden.

Risiken einer Biosphärenregion für Energie und Klima

- Im Beteiligungsprozess wurde diskutiert, inwieweit sich die Stärkung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes negativ auf andere Bereiche auswirken könnte, zum Beispiel durch Veränderungen des Landschaftsbildes oder negative Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Unter den Teilnehmenden bestand allerdings Einigkeit darüber, dass diese Konflikte auch ohne eine Biosphärenregion auf-

treten würden – und die Biosphärenregion ein Forum bieten kann, um genau diese Zielkonflikte zu lösen.

- Mit Blick auf die Ausweisung von Kernzonen in Waldgebieten wurde außerdem argumentiert, dass Flächen für eine freie Waldentwicklung die Klimaschutzleistung des Waldes mindern können, da weniger CO₂ in langlebigen Holzprodukten gespeichert werde. Dieses Thema blieb bis zum Ende des Beteiligungsprozesses strittig auf dem Niveau einer wissenschaftlichen Diskussion. Einige Teilnehmende schlugen vor, den Zusammenhang zwischen CO₂-Emissionen und Kernzonen im Wald als Forschungsthema in einer Biosphärenregion weiter zu erforschen.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Energie und Klima

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- gemeinsame Ziele und Standards für Energie-, Wärme- und Mobilitätswende definieren;
- Biosphärenregion als Ort für die Aushandlung von Zielkonflikten nutzen und Interessengruppen in den Dialog bringen.

Natur und Umwelt

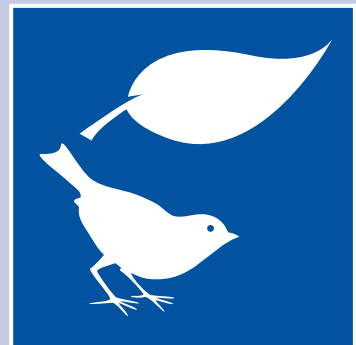
Im Beteiligungsprozess wurde die biologische Vielfalt in der Metropolregion immer wieder als vergleichsweise hoch beschrieben. Einer dichten Besiedlung und einer intensiven Wirtschaftstätigkeit zum Trotz haben sich an Main und Rhein oder in den Mittelgebirgslagen des Taunus große Naturräume erhalten. Sie bieten seltenen Arten wie Wildkatze, Bechsteinfledermaus oder Lachs einen attraktiven Lebensraum. Aufgrund der naturnahen Bewirtschaftung der großflächigen Waldgebiete, der strukturreichen Geografie und der vielfältigen Kulturgeschichte leben hier seltene Pflanzen und Tiere eng mit dem Menschen zusammen. Mancherorts geht der menschliche Siedlungsraum fast ansatzlos in Naturräume mit Wildniselementen über.

Die Beteiligungsergebnisse hinsichtlich des Natur- und Kulturerbes der Region sind maßgeblich in die formalen Prüfungen der UNESCO-Antragskriterien „Repräsentativität“ und „Biologische Vielfalt“ eingeflossen. Die Auswirkungen einer Biosphärenregion auf die ökologische Entwicklung der Region wurden überwiegend als positiv bewertet.

Im Themenbereich Natur und Umwelt sehen die Teilnehmenden überwiegend Chancen einer Biosphärenregion.

Chancen einer Biosphärenregion für die biologische Vielfalt

- Eine Biosphärenregion könnte maßgeblich dazu beitragen, die Artenvielfalt, die Vielfalt der Ökosysteme und die genetische Vielfalt zu erhalten, sogar möglicherweise zu erhöhen.



- Die Wiederbesiedlung von verschwundene Arten könnte durch großflächige Vernetzungskonzepte bewusst gefördert werden.
- Im Jugenddialog wurde ein Fokus auf Maßnahmen gegen das Insektensterben gewünscht.
- Als Chance für Umwelt und Naturschutz betonten die Teilnehmenden die Schutzfunktion in der Kern- und Pflegezone. So kann die Biosphärenregion dazu beitragen, dass Freizeitnutzerinnen und -nutzer sich in schutzwürdigen Bereichen sensibel verhalten.
- Mindestens genauso wichtig sind allerdings die möglichen Umwelt-, Natur- und Tierschutzprojekte in der Entwicklungszone, etwa in Form von Bildungsmaßnahmen zur Stärkung des ökologischen Bewusstseins in der Bevölkerung (vgl. Abschnitt „Bildung“, S. 54).
- Mit Blick auf den städtischen Raum soll eine Biosphärenregion konkret einem „Wildwuchs der Verstädterung“ entgegenwirken und Grün in die Stadt bringen.
- Strategien und Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der biologischen Vielfalt können in einem regionalen Konzept vereinbart werden. Durch eine Vernetzung des Umweltschutzes in Stadt und Land könnten gemeinsame Qualitätsmerkmale sowohl entwickelt als auch umgesetzt werden.
- Außerdem könnten in einer Biosphärenregion bestehende partnerschaftliche Projekte zwischen Jagd, Landwirtschaft und Umweltverbänden zum Erhalt der Artenvielfalt weiter ausgebaut und gestärkt werden. Weitere Jägerinnen und Jäger sowie Landwirtinnen und Landwirte könnten als Partner für den Erhalt der Artenvielfalt hinzugewonnen werden; gute Vorbilder könnten zu gängiger Praxis in der Breite werden.
- Auch hier werden Chancen einer Biosphärenregion als Ort des Dialogs und der Verhandlung unterschiedlicher Interessen gesehen, mit dem Ziel, die Entwicklung von Mensch und Natur in Einklang zu bringen.
- Zuletzt wurde auch in diesem Bereich als Chance einer Biosphärenregion die einfachere Akquise von Fördermitteln für Naturschutzmaßnahmen identifiziert.

Risiken einer Biosphärenregion für die biologische Vielfalt

- Ein im Beteiligungsprozess strittiges Thema war bis zuletzt die Aussage von einigen Teilnehmenden, dass die Ausweisung von Kernzonen in Waldgebieten zu einem Rückgang der Artenvielfalt in diesen Zonen führen kann. Da nach aktuellem Stand die Kernzone in bereits unter Schutz stehenden Waldgebieten ausgewiesen werden soll, wurde dieses Risiko von anderen Teilnehmenden als nicht zutreffend eingeschätzt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass zwar möglicherweise bestimmte Arten zurückgehen, dafür sich andere einstellen. Einige Teilnehmende schlugen vor, die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Kernzonen als Forschungsthema im Rahmen einer Biosphärenregion vorzusehen.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf die biologische Vielfalt

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Netzwerk von Akteuren aller Disziplinen aufbauen,
- Biosphärenregion als Dach zur Akquise von Fördermitteln nutzen,
- Kernzonen im Wald im Hinblick auf biologische Vielfalt kritisch reflektieren,
- die Landwirtschaft im Rahmen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen unterstützen.

Kulturlandschaften

Den kulturhistorischen Landschaften in der Region wurde von vielen Teilnehmenden eine große Bedeutung für die Besonderheit der Region – und damit verbunden die potentielle Eignung als Biosphärenregion – beigemessen. In der Region gibt es nicht die eine Kulturlandschaft, ihre Besonderheit und Stärke ist auch hier die Vielfalt der historisch gewachsenen Kulturlandschaften, die immer schon im regen Austausch standen. Die historische „Civitas Mattiacorum“ der Römer ist heute nicht nur geographisch gegliedert in den Rheingau, den westlichen Hintertaunus, das Rhein- und Main-Tiefland oder den Hochtaunus. In Jahrhunderten überformt durch Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Handel, Grenzen, Brücken oder Flughäfen findet sich heute eine zukunftsfähige Kulturlandschaft mit zwei Welterbestätten. Allerdings steht diese Landschaft durch die heutigen und zukünftigen Ansprüche unter einem enormen Druck durch die 700.000 Menschen, die hier leben.

Mit einer Biosphärenregion verbinden die Teilnehmenden ausschließlich Chancen für die Zukunft der kulturhistorischen Landschaften der Region.

Chancen einer Biosphärenregion für die Kulturlandschaft

- Durch eine Biosphärenregion und ein Flächenmanagement, das auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit setzt, kann die Erhaltung der wertvollen Kulturlandschaften der Region besser gesichert werden. Darunter fällt auch die Wahrung und Förderung der regionalen Besonderheiten und Qualitäten in den Bereichen Rheingau, Rhein, Taunus, Idsteiner Land, Vortaunus und Mainschiene.
- Durch die überregionale, kommunale Zusammenarbeit besteht die Chance, den Erhalt von Landschaft, die nicht bebaut ist, in Einklang mit den Bedarfen der Siedlungsentwicklung zu bringen.
- Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Chance hinsichtlich von Maßnahmen im Bereich Bildung und Marketing, um die kulturhistorischen Schätze der Region bekannter zu machen. Die Biosphärenregion kann aktiv dazu beitragen, Kulturlandschaften im Rahmen von Marketingmaßnahmen sowohl für in der Region lebende Menschen als auch für Touristinnen und Touristen darzustellen.
- Damit eng verbunden ist die Chance, durch eine Biosphärenregion das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit des Erhalts kulturhistorischer Landschaften sowie die regionale Identität der Menschen zu stärken.
- Nicht nur die Wertschätzung, auch die regionale Wertschöpfung könnte durch eine Biosphärenregion erhöht werden, indem Ökosystemleistungen aufgezeigt und als zusätzliche Wertschöpfung erschlossen werden.
- Zudem wurden die Möglichkeiten des Lernens aus der Historie betont: In einer Biosphärenregion können kulturhistorische Landschaften im Hinblick auf ihre durch Menschen verursachten Veränderungen analysiert werden, um so Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften aussehen kann.
- Zuletzt erhoffen die Teilnehmenden sich für die Region durch eine Biosphärenregion eine Entbürokratisierung von Fördermitteln für Landschaftspflege und eine vereinfachte Umsetzung von Ideen im Bereich der Landschaftspflege, unter anderem durch die Beratungs- und Koordinationsleistung einer Biosphärenregion-Verwaltung. Auch die Einrichtung eines regionalen Fonds zur Förderung und Bewahrung der kulturlandschaftlichen Eigenarten und Qualitäten wurde vorgeschlagen.



Risiken einer Biosphärenregion für die Kulturlandschaften

Es wurden im Beteiligungsprozess keine mit einer Biosphärenregion verbundenen Risiken für die Kulturlandschaft identifiziert.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf die Kulturlandschaften

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- gute Öffentlichkeitsarbeit für die Kulturlandschaft in der Biosphärenregion, dabei auch Darstellung von Leuchtturmprojekten;
- aktive Einbindung der Bevölkerung in den Prozess zur Förderung des Bewusstseins von der Notwendigkeit der Kulturlandschaftspflege;
- Nutzung des Informationssystems KuLaDig (Kultur. Landschaft. Digital) zur Abbildung der historischen Kulturlandschaft und des landschaftlichen kulturellen Erbes in der gesamten Biosphäre.



Forschung

Die Bestandsaufnahme im Beteiligungsprozess hat ergeben, dass es bereits eine sehr hohe Dichte an Forschungsinstitutionen im Raum Wiesbaden, Main-Taunus, Rheingau-Taunus gibt, die Themen der Nachhaltigkeit aus ganz unterschiedlichen Fachbereichen erforschen. Es finden sich im Suchraum sowohl private Hochschulen wie die EBS Universität für Wirtschaft und Recht gGmbH (Rheingau und Wiesbaden) und die Hochschule Fresenius (Idstein und Wiesbaden) als auch staatliche Hochschulen mit der Hochschule Geisenheim im Rheingau und der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden. Auch das Umfeld beherbergt starke Forschungs- und Bildungsstandorte mit den Hochschulen in Mainz, Frankfurt, Darmstadt und Gießen. Die Bildungslandschaft wird zudem durch die betriebliche Forschung und die aktiven Volkshochschulen ergänzt.

Die meisten Personen, die am Beteiligungsprozess teilgenommen haben, sehen in einer Biosphärenregion überwiegend Chancen für die Forschung.

Chancen einer Biosphärenregion für die Forschung

- Im Beteiligungsprozess wurde sehr deutlich, dass ein komplexes Thema wie die nachhaltige Entwicklung der Region nur im Dialog mit Disziplinen aller drei Säulen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie, Soziales) gelingen kann. Unter dem Dach einer Biosphärenregion können sich Bildungs- und Forschungseinrichtungen aus unterschiedlichen Fachgebieten vernetzen, um Themen der Nachhaltigkeit inter- bzw. transdisziplinär zu erforschen und gemeinsame Projekte zu realisieren.
- Der Jugenddialog hat gezeigt, dass sich auch Studierende hier eine aktive Rolle vorstellen können und Chancen darin sehen, Forschung mitzugestalten und Wege zu sondieren, wie die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können. Auch Kooperationen zwischen Hochschulen und Schulen wurden als vielversprechend bewertet.

- Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung waren sich außerdem darin einig, dass eine Biosphärenregion Türöffner für Forschungsmittel sein kann, auch wenn die UNESCO selbst derzeit keine Mittel vergibt.
- Die Forschungsinstitutionen der Region können in einer Biosphärenregion im Dialog mit Praxispartnern aktiv zu Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen der Region beitragen. Im Beteiligungsprozess zur Machbarkeitsstudie haben sich dafür bereits spannende Forschungsthemen herauskristallisiert (siehe unten).
- Eine Biosphärenregion in Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Main-Taunus kann auch Vorbildcharakter für andere Regionen haben, denn die Forschungsergebnisse einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung in einer Metropolregion hätten hohe Relevanz für andere Ballungsräume, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Auch Kooperationen mit Forschungseinrichtungen außerhalb der Region sind unter dem Dach einer Biosphärenregion denkbar.
- Forschungsinstitutionen können außerdem Monitoring und Wissenstransfer sicherstellen, beispielsweise durch den Aufbau eines Wissenschaftsnetzwerks, durch die Erstellung eines regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichts, die Erarbeitung konkreter, operationalisierter Maßnahmen und die Beteiligung der Bürgerschaft an der Evaluierung.

Risiken einer Biosphärenregion für die Forschung

- Zu Beginn des Beteiligungsprozesses wurde als Risiko die Möglichkeit identifiziert, dass eine Biosphärenregionen-Verwaltung „Anweisungen von oben“ geben kann, mit denen die Einrichtungen nicht einverstanden sind. Dieses Risiko wurde allerdings im weiteren Verlauf als sehr gering bewertet, da die Forschungseinrichtungen ihre Autonomie behalten.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Forschung

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Aufbau eines inter- bzw. transdisziplinären Forschungsnetzwerks, dabei im ersten Schritt vollständige Auflistung aller Forschungsinstitutionen und Abfrage relevanter Forschungsvorhaben;
- Einwerben von Drittmitteln zur Sicherung der Finanzierung;
- Festlegung von Forschungsthemen und Realisierung in inter- bzw. transdisziplinären Teams.

Mögliche Forschungsthemen für die Biosphärenregion

- Die Herausforderungen im Bereich von Landnutzungskonflikten bzw. Flächenkonkurrenz können von der Forschung aktiv aufgegriffen werden.
- Durch intelligente multifunktionale und vielfältige Flächennutzungen können Modelle für nachhaltige Raumentwicklung in der Metropolregion erarbeitet werden.
- In Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren aus Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Weinbau, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen, Tourismus und Gastronomie können neue Modelle nachhaltigen Wirtschaftens in der Region entwickelt und erprobt werden.

- In der Stadt- und Regionalplanung könnte die Forschung Impulse für eine nachhaltige Mobilitäts- bzw. Verkehrsplanung sowie für soziale und grüne Infrastruktur insbesondere in Städten und Dörfern setzen. Dazu gehört maßgeblich die Frage, wie zukünftig eine gesunde psychische und physische Entwicklung der Bewohner und Bewohnerinnen gewährleistet werden kann.
- Das im Beteiligungsprozess strittige Thema der Entwicklung von Biodiversität und des Artenschwunds kann in einer Biosphärenregion erforscht werden.
- Klimafolgen und Klimaanpassungen wären darüber hinaus spannende Forschungsthemen für die Region.
- Ein weiterer Forschungsschwerpunkt kann die sozialökologische Begleitforschung sein. Im Beteiligungsprozess wurde immer wieder die Frage gestellt, ob ein Label „Biosphärenregion“ eher motivierend oder eher abschreckend wirke, beispielsweise für die Ansiedlung neuer Gewerbe. Diese Frage kann Forschungsthema in einer Biosphärenregion sein.
- Zuletzt wurde auch die Motivierung zu bürgerschaftlichem Engagement als interessanter Forschungsbereich identifiziert. Mittels Formaten wie Freilandlabore und Citizen Science können Forschungsinstitutionen die Bürgerschaft aktiv in Forschungsvorhaben einbinden.



Bildung

Wie die Bestandsaufnahme im Beteiligungsprozess gezeigt hat, verfügt der Raum Wiesbaden, Main-Taunus und Rheingau-Taunus über eine große Vielfalt an Einrichtungen, die bereits heute in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aktiv sind und auch zukünftig hier eine Rolle spielen könnten. Dazu zählen nicht nur klassische Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Hochschulen, sondern unter anderem auch Kirchen, Parteien, Bildungsaktivitäten der Naturschutzverbände, bürgerschaftliche Initiativen, die Pfadfinder, Programmkinos, Umweltbildungseinrichtungen und -zentren, Kulturzentren, Kinderbauernhöfe, die Fasanerie, Museen, Volkshochschulen und Bibliotheken. Vor Herausforderungen steht die Bildungslandschaft unter anderem durch den anhaltenden Zuzug von jungen Menschen und Familien in die Region und die bestehenden Problemstellungen bei der Unterhaltung der Bildungsinfrastruktur.

Insgesamt verfügt die Region über einen hohen Anteil an Hochqualifizierten, was sich auch in der im Durchschnitt guten Einkommenssituation widerspiegelt. Im Main-Taunus-Kreis ist der Anteil Hochqualifizierter am Arbeitsort mit 25,7% (Stand: 2016) besonders hoch. Um das gute Bildungsniveau zu halten und damit die Zukunftsfähigkeit der Biosphärenregion zu sichern, sind aber dauerhaft hohe gesellschaftliche Investitionen in den Bildungssektor notwendig.

Als Querschnittsthema wurde die BNE auch in allen anderen Themenbereichen genannt. Die Teilnehmenden sehen hier überwiegend Chancen. Dies wurde von den Teilnehmenden im Jugenddialog nochmals bestärkt, die die Stärkung eines Umweltbewusstseins durch Bildung als „Schlüssel für nachhaltige Entwicklung“ bezeichneten.

Im Themenbereich Bildung sehen die Teilnehmenden überwiegend Chancen einer Biosphärenregion.

Chancen einer Biosphärenregion für die Bildung

- Gerade in einer Metropolregion wie Wiesbaden, Rheingau-Taunus, Main-Taunus, in der viele Menschen leben, werden Bildungsprojekte als wichtiges Mittel gesehen, um das Bewusstsein und Engagement für ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung in der Bevölkerung zu stärken und so den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.
- Ähnlich wie in anderen Bereichen werden auch im Bereich BNE vor allem Chancen in Kooperation und Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren unter dem Dach einer Biosphärenregion gesehen.
- Dabei könnte durch Bildungsmaßnahmen auch das Verständnis für unterschiedliche Nachhaltigkeitserfordernisse bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden (zum Beispiel Landwirtschaft und Weinbau auf dem Land versus Mobilität und Infrastruktur in der Stadt).
- Konkret erhoffen sich die Teilnehmenden in Verbindung mit einer Biosphärenregion die Einrichtung eines überregionalen Netzwerks für Bildung für nachhaltige Entwicklung, in dem Akteurinnen und Akteure Erfahrungen austauschen und Ideen entwickeln. Wichtig sind den Teilnehmenden dafür die finanzielle Absicherung, die Koordination dieses Netzwerks und die Öffentlichkeitsarbeit. Auch Unternehmen können Teil eines solchen Netzwerks sein, das im Übrigen auch Fortbildungen anbieten könnte.
- Ein Biosphärenbüro ist unter anderem in der Lage, bei der Akquise von Fördermitteln zu unterstützen. Insbesondere für kleinere Initiativen/Gruppen kann dies hilfreich sein.
- Als Modellregion für nachhaltige Entwicklung wäre eine Biosphärenregion ein Lernort für BNE-Projekte, in dem zugleich die Identifikation der Menschen mit ihrer Region gestärkt werden kann. Über eine gezielte Kommunikation und Bildungsangebote in Rahmen der Biosphärenregion können das Umweltbewusstsein der Menschen in der Region gestärkt und somit nachhaltige Verhaltensweisen gefördert werden.
- Mit guten Bildungsangeboten wiederum kann eine Biosphärenregion auch ein positiver Standortfaktor sein und zum Beispiel für junge Familien zur Attraktivität der Region beitragen.
- Inklusive, niedrigschwellige Angebote der Bildungsförderung wurden als maßgeblich gesehen, um die Armutsbekämpfung zu unterstützen und auf eine Reduktion sozioökonomischer Disparitäten hinzuwirken. Gezielte frühkindliche und schulische Bildung ebenso wie berufliche Bildung kann einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte der Region leisten.
- Junge Menschen sollten außerdem gezielt über Jugendbeteiligung sowie eine Stärkung von Jugendorganisationen wie Kreisschülerrat, Stadtschülerrat und Jugendparlament eingebunden werden.

Risiken einer Biosphärenregion für die Bildung

Direkte Risiken für die Bildung für nachhaltige Entwicklung werden mit einer Biosphärenregion nicht verbunden. Allerdings wurde betont, dass die Chancen nur zu realisieren seien, wenn für BNE-Angebote auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem kann der Begriff „Biosphärenregion“, wenn er nicht

gut erklärt ist, auch überfordern. Dieses Risiko wurde aber als gering eingeschätzt.

Bedingungen für die gesellschaftliche Machbarkeit mit Blick auf Bildung

Die folgenden Maßnahmen sollten im Falle einer Ausweisung als Biosphärenregion aus der Sicht der Teilnehmenden unbedingt angegangen werden:

- Aufbau eines BNE-Netzwerks für die gesamte Region, mit koordinierendem und beratenden Infozentrum und Fortbildungsangeboten für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren;
- Weiterentwicklung und Etablierung von BNE-Schulprojekten;
- finanzielle Absicherung des BNE-Netzwerks und von BNE-Projekten.

Ideen für Bildungsprojekte und Themenschwerpunkte in einer Biosphärenregion aus dem Beteiligungsprozess

- Unterstützung und Weiterentwicklung von BNE-Schulprojekten
- Bildungs- und Betreuungsangebote als Mehrwert für Familien im ländlichen Raum
- Bildungseinheiten zum Thema „Was ist eine Biosphärenregion?“
- Schulmensen mit Bioangeboten durch Synergien mit regionalem ökologischem Landbau
- Verankerung von Umweltbildung in Lehrplänen
- Einrichtung regionaler Netzwerke für Tauschbörsen oder Upcycling
- Wechselbeziehungen zwischen Naturhaushalt, Landnutzung, Kultur und ökonomischen Rahmenbedingungen (lokal und global) als Bildungsthema
- ökologische, kulturelle und soziale Projekte zur Stärkung der Identifikation mit der Region („Heimat“)
- „Grün in die Stadt“-Projekte wie Gemeinschaftsgärten, Fassadenbegrünung, urban gardening
- Bildungsprojekte mit Themenschwerpunkt Natur-Kultur-Stadtlandschaft (zum Beispiel Streuobstwiesen, Weinbau, Stadtklima, Mobilität)
- Bildungsurlaube für Umweltbildung, gegebenenfalls auch Freistellungskontingent für ehrenamtliches Engagement
- Teilnahme am bundesweiten Junior-Ranger-Programm (Nationalparks, Biosphärenregionen und Naturparks in Deutschland)
- Teilnahme am bestehenden bundesweiten AGs (nicht nur) zur BNE, zum Beispiel im Rahmen von EUROPARC Deutschland
- Naturerfahrungen ermöglichen und so Umweltbewusstsein stärken
- Konsequenzen des eigenen Verhaltens und Konsums für die Umwelt thematisieren
- Projekte mit dem naturpädagogischen Netzwerk in Wiesbaden
- institutionelle Jugendbeteiligung à la Youpan und Youcon auf Bundesebene
- Stärkung von Jugendorganisationen wie Kreisschülerrat, Stadtschülerrat und Jugendparlament
- überregionale Jugendprojekte/Wettbewerbe zur Interessenförderung bei Jugendlichen
- Lehrerfortbildungen – Schule als Vorbild für mehr Aufklärung der Bevölkerung soziale Medien und bekannte/beliebte Personen (Influencer) nutzen

4. Ergebnisse der Prüfung der gesellschaftlichen Machbarkeit



Exemplarische Projekte und Maßnahmen für eine Biosphärenregion

Auf der Basis der Beteiligungsergebnisse sowie von Projektvorschlägen der Stiftung Unser Land Rheingau-Taunus, des Stadtplanungsamts, des Grünflächenamts und des Umweltamts Wiesbaden, der Caritas WiRT und des Naturparks Rhein-Taunus hat die Geschäftsstelle Biosphärenregion eine Liste möglicher Projekte und Maßnahmen erstellt, die in einer Biosphärenregion umgesetzt werden könnten. Die Liste ist als Ideenpool zu verstehen; welche Projekte im Falle der Ausweisung einer Biosphärenregion angegangen werden sollen, wird erst im Rahmenplan festgelegt.



Soziales/Beschäftigungsgesellschaften

- Biodiversitätsprojekt „keine Chance für Neophyten“
- Angebot eines flächendeckenden Elektrochecks für Privathaushalte
- Entwicklung und Instandhaltung der landschaftlichen Infrastruktur der Biosphärenregion
- Gesundheitsvorsorge in der Biosphärenregion



Urbanes Grün

- Kommunen für biologische Vielfalt – Stadtgrün
- Grünflächenentwicklungsplan am Beispiel Wiesbadens (und anderer Städte)
- ruhige Gebiete – ein Konzept zur Erholung in einer Metropolregion
- Ausbau des Modells „Wiesbadener Landschaftsparks“, Nachahmungsbeispiele
- Städtebau der Zukunft – Klimawandel/Klimaschutz im Städtebau, Testgebiete
- BNE-Initiativen und Einrichtungen
- waldpädagogisches Zentrum Wiesbaden für die Region
- naturpädagogisches Zentrum und Tierpark Fasanerie
Umweltzentrum Weillbacher Kiesgruben und Regionalparkverwaltung
- Ausbau der Wildnisschulen



Landschaft

- Weiterentwicklung der LEADER-Regionen Taunus/Rheingau. Mit Leader Region ist ein interkommunaler Zusammenschluss von Städten und Gemeinden gemeint.
- Zukunft der Naturparke Rhein-Taunus/Taunus
- umweltschonender Weinbau – historischer Weinbau
- Querterrassierung im Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal
- Vielfalt auf dem Bauernhof – Diversifizierung der Landwirtschaft
- Masterplan Biosphären-Grünland
- Ausdehnung des Feldflurprojekts Wiesbaden auf die Region
- Wildtierrettungsstation
- Kulturgut Streuobstwiesen
- integriertes Landschaftspflegekonzept

Verkehr

- integriertes ÖPNV-System in der Biosphäre
- Landstraßen-Alleen-Initiative
- Grünbrücken über Autobahnen – eine Vernetzung für Mensch und Tier
- Feldwege und Allmende – Feldweg als multifunktionale Vernetzung

Wirtschaft

- Erweiterung Ökoprotit in der Biosphärenregion
- Holznutzung aus heimischen Wäldern, ein neuer Markt für das Holzgewerbe
- Fenster und Türen machen Häuser, machen Dörfer, machen Städte
- integriertes Abfallwirtschaftskonzept
- Ausbau der Fair-Trade-Kommunen

Kultur

- umfassendes Kulturlandschaftskataster – KuLaDig für die Biosphärenregion
- vergessene Denkmäler der Region – eine Visualisierungsstrategie
- Sicherung der Geotope in der Region
- Regionalpark 2030 – Kultur, Geschichte, Ökologie der Zukunft
- neue touristische Wegenetze
- Aufwertung der Klosterlandschaft Eberbach
- Leuchtturmprojekte – Kulturgüter und historische Kulturlandschaftsteile der Region
- Symbiose von Objekten aus Kunst, Kultur und Landschaft

Forschung und Bildung

- regionale Bildungsstrategie und regionaler Bildungsmasterplan
- regionales Netzwerk BNE
- Forschungsprojekt in Kernzone
- Forschungsprojekt in Pflegezone in Referenzflächen
- Forschungsprojekt in Entwicklungszone in Referenzprojekten
- Folgeprojekt Naturpark Rheintanus – Arten und Landschaft
- Biodiversitätsforschung im Wald, in Bachauen und Quellgebieten sowie in Ackerbaugebieten
- Klimawandel und Siedlungsentwicklung sowie die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt
- Etablierung von Freilandlaboren für nachhaltiges Wirtschaften
- Forschung und BNE bei Projekten und Maßnahmen
- psychosoziale Stadtentwicklung – Städte, Siedlungen und Dörfer
- Biodiversitätsforschung Taunusflora und Taunusfauna
- Biodiversitätsforschung Flora und Fauna in urbaner Umwelt
- Bürgerbeteiligung an Forschungsprojekten
- Kulturwandel und Demografie in der Biosphärenregion
- Aufbau eines Monitoringsystems: selektive Tier- und Pflanzenkartierung im Innen- und Außenbereich





5. Ergebnisse der Prüfung der formalen Machbarkeit

Eignet sich die Region als Biosphärenregion? Können die formalen UNESCO-Kriterien erfüllt werden?

Diese Fragen wurden im Rahmen der formalen Machbarkeitsprüfung erörtert. Das MAB-(Man and the Biosphere-)Nationalkomitee empfiehlt, vor Antragstellung zu klären, ob das zur Diskussion stehende Gebiet grundsätzlich als UNESCO-Biosphärenregion geeignet ist. Vom Nationalkomitee sind dazu Kriterien vorgegeben. Bestimmte Kriterien der UNESCO müssen bereits zur Antragstellung erfüllt sein. Kernaufgabe der formalen Machbarkeitsstudie war der Nachweis der Erfüllung der ersten und zweiten Voraussetzung für den Prüfraum entlang bestimmter Kriterien.

Voraussetzungen für den Prüfraum

1. Das Gebiet soll sich aus einer Reihe verschiedener ökologischer Systeme zusammensetzen, die für bedeutende biogeografische Systeme repräsentativ sind, einschließlich abgestufter Formen des Eingriffs durch den Menschen.
2. Das Gebiet soll für die Erhaltung der biologischen Vielfalt von Bedeutung sein.
3. Das Gebiet soll die Möglichkeit bieten, Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene zu erforschen und zu demonstrieren.

Vorab: Ergebnisse der formalen Machbarkeit in Kürze

Die Überprüfung hat ergeben, dass die Kriterien „Repräsentativität“, „Flächengröße und Abgrenzung“ und „Biodiversität“ erfüllbar sind. Die Überprüfung des Kriteriums „Zonierung“ hat ergeben, dass der aktuell geprüfte potenzielle Flächenanteil der Kernzone nicht die erforderlichen 3% und derjenige der Kern- und der Pflegezone nicht die erforderlichen 20% erreichen. Es wurden allerdings zunächst nur Flächen im Besitz des Landes sowie FFH-(Fauna-Flora-Habitat-)Gebiete und Naturschutzgebiete mit Prozessschutz als potenzielle Kern- und Pflegezone in Betracht gezogen. Weitere Potenziale auf Flächen im kommunalen Besitz sind vorhanden, für deren Einbringung bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde. Auch das Land Hessen könnte im Fall einer positiven Entscheidung für eine Biosphärenregion eine flächenmäßige Aufstockung sicherstellen, sodass die Machbarkeit gegeben ist.

Weitere UNESCO-A-Kriterien, die zumindest teilweise bereits zur Antragstellung erfüllt sein müssen, sind „rechtliche Sicherung“, „Planung“, „Verwaltung und Organisation“, „Monitoring“ und „Öffentlichkeitsarbeit“. Nach einer positiven Entscheidung durch das Land Hessen und durch die Kommunen für eine Biosphärenregion kann eine Erfüllung flächenmäßig, organisatorisch und finanziell sichergestellt werden. Machbarkeit ist somit für diese Kriterien gegeben. Die dritte Voraussetzung macht deutlich, dass für die Anerkennung strategische Ziele für nachhaltige regionale Entwicklungspfade aufzuzeigen sind. Diese wurden im Rahmen des Beteiligungsprozesses erarbeitet. Erst nach einer Anerkennung beginnt mit der Aufstellung des Rahmenkonzepts der eigentliche, tiefer gehende Prozess, der auch die Ziele der Agenda 2030 berücksichtigen muss.

Die Agenda 2030

Die Agenda 2030 stellt einen herausragenden Erfolg internationaler Zusammenarbeit dar und ist von beispielloser Reichweite und Bedeutung. Gemeinsam mit dem Pariser Klimaabkommen ist sie ein einmaliges globales Transformationsprojekt hin zu einer friedlicheren, gerechteren und lebenswerteren Welt. Ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und 169 Unterziele sind universell und begreifen alle Länder als „Entwicklungsländer“ hin zu mehr Nachhaltigkeit. Es gilt unsere Lebensgrundlagen sauberes Wasser, Luft, Boden und die Wälder und Meere

zu schützen und so zu wirtschaften, dass alle ein gutes, gesundes Leben führen können. Vor allem gilt es: Niemanden zurücklassen!

Die 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) setzen zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger, zur Reduzierung von globaler sozialer Ungleichheit und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Alle Ziele sind zusammen zu denken. Teilweise beinhalten sie Zielkonflikte, die zu beachten und gleichrangig auszuhandeln sind.

UNESCO-Kriterien mit angestrebten Erfüllungsgraden und Prüfergebnissen

Strukturelle Kriterien			
Repräsentativität	A	kann erfüllt werden	✓
Flächengröße und Abgrenzung	A	kann erfüllt werden	✓
Zonierung	A	kann erfüllt werden	✓
Rechtliche Sicherung	A	kann erfüllt werden	✓
Verwaltung und Organisation	A	Zusage Finanzen	✓
Planung	A	Zusage Finanzen Rahmenkonzept	✓
Funktionale Kriterien			
Nachhaltiges Wirtschaften	B	viele gute Ansätze vorhanden	✓
Naturhaushalt und Landschaftspflege	B	viele gute Ansätze vorhanden	✓
Biodiversität	A	kann erfüllt werden	✓
Forschung	B	viele gute Ansätze vorhanden	✓
Monitoring	A	kann erfüllt werden	✓
Bildung für nachhaltige Entwicklung	B	viele gute Ansätze vorhanden	✓
Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	A	kann erfüllt werden	✓
Einbindung in das Weltnetz	B	kann erfüllt werden	✓

A - Kriterien, die bereits bei Antragstellung erfüllt sein müssen

B - Bewertungskriterien, die erst nach Anerkennung relevant werden

Im Folgenden werden die Prüfergebnisse der einzelnen Kriterien dargestellt.

Kriterium „Repräsentativität“

Das Biosphärenreservat muss Landschaften und Lebensräume umfassen, die von den Biosphärenreservaten in Deutschland bislang nicht ausreichend repräsentiert werden und die aufgrund ihrer natur- und kulturräumlichen wie auch gesellschaftlichen Gegebenheiten in besonderer Weise geeignet sind, das MAB-Programm der UNESCO beispielhaft in Deutschland umzusetzen und international zu repräsentieren. (A)

Das deutsche MAB-Nationalkomitee fordert zum Nachweis der Repräsentativität eine deutschlandweite Betrachtung und empfiehlt eine pragmatische Bewertung der Befunde. Nach einer Empfehlung des Bundesamts für Naturschutz erfolgt diese anhand definierter Landschaftstypen, für die eine Auswertung aller Biosphärenregionen in Deutschland vorliegt.

Die Vergleichsdaten zeigen, dass die Gesamtheit der Gebiete bereits einen hohen Grad an Repräsentativität aufweist, aber auch noch Lücken bestehen. Bedeutsam für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Lücke in den bestehenden deutschen Biosphärenregionen beim „Verdichtungsraum“. Während Wiesbaden eines der ältesten Kurbäder Europas ist, Kuranlagen, Landschaftsparks und Stadtalleen die Kernstadt prägen, wechselt die Landschaft des Main-Taunus-Kreises mit ihren traditionellen Streuobstwiesen und Weinanbaugebieten, dem Obst- und Gemüseanbau und der Landwirtschaft noch zwischen Stadt und Land und befindet sich in einem stetigen Wandel. „Weinbaulandschaften“ liegen bisher nur in sehr geringem Umfang in Biosphärenregionen. Die Flächen im UNESCO-Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal und die der Klosteranlage Eberbach dürften innerhalb des Prüfraums als prägendes Highlight gelten. Das Durchbruchtal des Rheins ist im bundesweiten Kontext als „struktureiche Waldlandschaft“ in besonders schutzwürdiger Ausprägung eingeordnet. Es könnte somit ein Defizit im Landschaftstypenbestand der bestehenden Biosphärenregionen schließen, sodass sie für den Nachweis der Repräsentativität von Belang ist. In deutschen Biosphärenregionen nicht vertreten sind zudem die großen Flussachsen von Rhein und Donau mit ihren Hauptnebenflüssen als „Gewässerlandschaften“.

Für den Landschaftstyp „andere waldreiche Landschaft“ sind besonders schutzwürdige Landschaftsteile ein bundesweites Manko. Der Prüfraum könnte mit einer Aufwertung seiner Landschaftsteile, die mit ihren Rodungsinseln und Heideresten von kulturhistorischer Bedeutung sind, einen Beitrag leisten. „Reine Waldlandschaften“ sind bundesweit relativ gut abgedeckt. Bei der Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass großflächige naturnahe Buchenwälder in besonders schutzwürdigem Zustand, wie sie die ursprüngliche Landschaft Mitteleuropas einst prägten, im Prüfraum liegen. Für die Erhaltung der biologischen Vielfalt sind sie von ausschlaggebender Bedeutung. Sie gelten als europäisches Welterbe, sodass hier eine globale Verantwortung besteht. Von besonderer Bedeutung ist die besonders schutzwürdige „reine Waldlandschaft“ des Wisper-Taunus mit „national bedeutsamen Flächen für den Biotopverbund“ beziehungsweise der Hinterlandswald, der als das größte zusammenhängende und unzerschnittene Waldgebiet Hessens gilt.

Stadt, Weinbau, Fluss und Wald, Ackerbau und Grünlandwirtschaft weisen im ökologischen und im soziokulturellen Kontext des Prüfraums Beziehungen mit

Tradition auf. Sie bestimmen in Wechselwirkung mit menschlichem Tun die Identifikation innerhalb der projektierten Biosphärenregion. Wald gilt als Wurzel der kulturellen Identität in Mitteleuropa. Den Weinbau brachten die Römer mit. Rhein und Main verbinden und begrenzen Länder, Regionen und Städte. Der Verbund aus mediterran angehauchtem Weinbau, der Landwirtschaft mit traditionellen Streuobstanbau im Main-Taunus-Vorland, historischen Kloster- und Bäderlandschaften, mitteleuropäischem reinem Buchenwald, dem Limburger Becken, dem Ländchen (Hochheimer Ebene) und den Taunushöhengemeinden als „Beschickerinnen“ der Märkte und der Gastronomie im Ballungsraum, naturnahen Flüssen und traditionsreichen Städten als Teil einer prosperierenden Metropolregion, dürfte in einer Biosphärenregion weltweit einzigartig sein. Ihm kommt zudem eine entscheidende Rolle für die nationale und internationale Repräsentativität zu.

Einmalig für Deutschland und eine Besonderheit im weltweiten Netz der Biosphärenregionen wäre die Einbindung des Verdichtungsraums einer Metropolregion. Die Region wäre damit als eine „urbane Biosphärenregion“ zu bezeichnen. Kein anderer Status bietet die Chance, im Stadt-Land-Verbund positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zu unterstützen sowie nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherzustellen.

Urbane Biosphärenregion

Von besonderer Bedeutung für den Prüfraum sind der „Verdichtungsraum“ und dessen Wechselwirkungen mit dem angrenzenden ländlichen Raum. Der Verdichtungsraum wird von den Biosphärenregionen in Deutschland bislang nicht ausreichend repräsentiert. Eine „urbane

Biosphärenregion“ wäre für Deutschland einzigartig. Auch für die „struktureiche Waldlandschaft“ und für die „Gewässerlandschaft“, hier der Rhein mit Nebenfluss Main, kann die Repräsentativität eindeutig belegt werden.

Urban biosphere reserve – Definition der UNESCO

Urban biosphere reserve: a Biosphere Reserve characterized by important urban areas within or adjacent to its boundaries where the natural, socio-economic and cultural environments are shaped by urban influences and

pressures, and set up and managed to mitigate these pressures for improved urban and regional sustainability. (UNESCO 2004)



Als Vorbild für andere Regionen ergeben sich beispielhafte Beziehungen von Stadt zum Wald, Stadt zum Weinbau und Stadt zum Fluss.

Kriterium „Flächengröße und Abgrenzung“

Das Biosphärenreservat soll zur Erfüllung seiner Funktionen in der Regel mindestens 30.000 ha umfassen und nicht größer als 150.000 ha sein. Länderübergreifende Biosphärenreservate dürfen diese Gesamtfläche bei entsprechender Betreuung überschreiten. (A)

Es gilt, Kulturlandschaften zu schützen und strategische Entwicklungspfade für eine nachhaltige, innovative Entwicklung zu ermöglichen. Im Rahmen der Abgrenzung sollen eine möglichst umfassende Einbindung repräsentativer Flächen der relevanten Landschaftstypen sichergestellt sowie wirtschaftliche Beziehungen und soziokulturelle Aspekte gleichrangig berücksichtigt werden. Damit soll auch in Zukunft ein Zusammenwirken menschlicher Einflüsse mit der regionsspezifischen Vielfalt an Lebensräumen und Arten ermöglicht werden. Die Identifikation der Menschen mit ihrer Region ist dabei von großer Wichtigkeit für das Gelingen der Nachhaltigkeitsbestrebungen. Es wird daher eine möglichst große Übereinstimmung der projektierten Biosphärenregion mit naturräumlich-topografischen, historisch-geografischen, kulturellen und politischen Grenzen angestrebt.

Funktionen von Biosphärenregionen

- Beitrag zur Erhaltung von Landschaften, Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt
- Förderung einer wirtschaftlichen Entwicklung, die soziokulturell und ökologisch nachhaltig ist
- logistische Unterstützung bei der Förderung von Demonstrationsprojekten, Umweltbildung und -ausbildung, Forschung und Umweltbeobachtung

Die Abgrenzung des Prüfraums orientiert sich an bestehenden Verwaltungsgrenzen, um eine konsensfähige und funktionierende Verwaltung mit umfassenden Zuständigkeiten zu gewährleisten. Die Grenzen von Rheingau-Taunus-Kreis, Main-Taunus-Kreis und Stadt Wiesbaden im Kontext der Metropolregion spiegeln zudem historisch-kulturelle und sozioökonomische Verbindungen wider, die sich nicht zuletzt aus den natürlichen Bedingungen sowie aktuellen und historischen Grenzziehungen ergeben. Mit einer Fläche von 123.747 ha würde dieses Szenario das Kriterium der Flächengröße des deutschen MAB-Nationalkomitees gut erfüllen.

Das Biosphärenreservat Rhön hat als länderübergreifende Biosphärenregion mit 184.900 ha eine größere Fläche. Viele deutsche Biosphärenreservate, wie beispielsweise das Biosphärenreservat Spreewald mit 47.500 ha, haben allerdings eine geringere Flächengröße.

Fazit

Aus der Betrachtung der politischen Grenzen, der Landschaftstypen und Gewässersysteme ergibt sich, dass der Rheingau-Taunus-Kreis, die Stadt Wiesbaden und der Main-Taunus-Kreis im Fall einer positiven Entscheidung

gemeinsam eine Biosphärenregion bilden könnten. Die Abgrenzung würde den kommunalen Verwaltungsgrenzen folgen. Mit einer Fläche von 123.747 ha könnte die Biosphärenregion ihre Funktionen erfüllen.

Kriterium „Zonierung“

Das Biosphärenreservat muss in Kern-, Pflege- und Entwicklungszone gegliedert sein.

(A) Die Kernzone muss mindestens 3 % der Gesamtfläche einnehmen.

(A) Kernzone und Pflegezone müssen zusammen mindestens 20 % der Gesamtfläche betragen.

Die Kernzone soll von der Pflegezone umgeben sein. (A)

Großräumige und durch vielfältige traditionelle Nutzungen geprägte Natur- und Kulturlandschaften sollen mit dem Ziel geschützt und entwickelt werden, die historisch entstandene Vielfalt von Arten und Lebensräumen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Zonierung soll abgestufte Formen menschlichen Handelns widerspiegeln. Nur wenn Kern-, Pflege- und Entwicklungszone in ihren vorgegebenen Anteilen zusammenwirken, kann der MAB-Ansatz der Biosphärenregionen erfüllt werden. Jede Zone spielt eine unverzichtbare Rolle im großen Ganzen.

In der Kernzone soll sich der Mensch bewusst zurücknehmen. Hier darf Natur Natur sein und sich natürliche biologische Vielfalt entfalten. Es kann beobachtet werden, wie sich Lebensräume ohne Einfluss des Menschen entwickeln, wie sie zum Arten- und Klimaschutz beitragen und wie sie auf den Klimawandel reagieren. Die Kernzone muss groß genug sein, um die Dynamik ökosystemarer Prozesse zu ermöglichen. Kernzonen-Teilflächen sollen daher mindestens 50 ha groß sein. Kleinere Teilflächen sind nur in Einzelfällen mit individueller nachvollziehbarer naturschutzrechtlicher Begründung möglich.

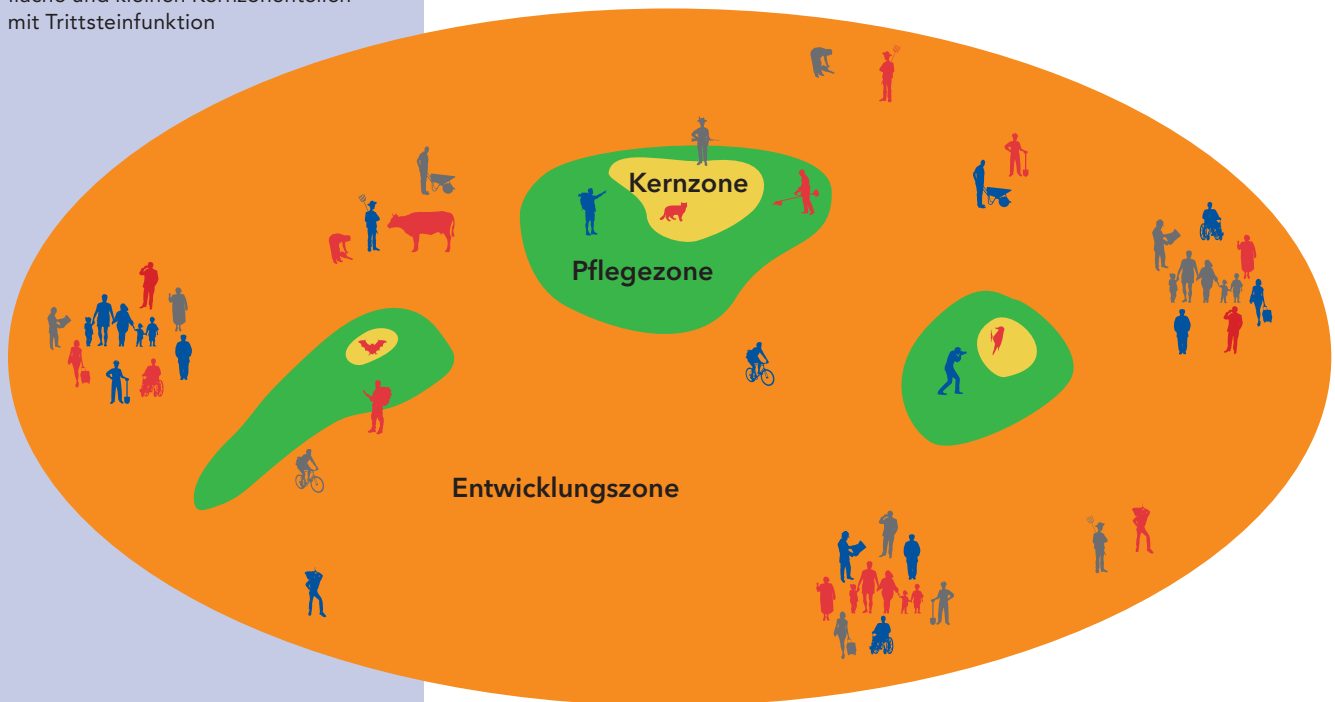
Die Pflegezone umgibt die Kernzone möglichst vollständig oder grenzt an sie an. Auch hier haben Naturschutzbelange große Bedeutung. Pflege und Nutzung der Landschaft sind mit den Schutzziele vereinbar. Die Flächen dienen der Erhaltung und Pflege von Ökosystemen, die durch Nutzung entstanden oder beeinflusst sind. Sie werden nachhaltig bewirtschaftet und puffern die Kernzone gegen Einflüsse von außen ab. Im Prüfraum eignen sich als Pflegezone einer Biosphärenregion überwiegend die bereits bestehenden Schutzgebiete, die vor allem im Wald ausgewiesen wurden. Landwirtschaftliche Vorrangflächen und Weinbauflächen müssen nicht einbezogen werden.

In der Entwicklungszone, die den Großteil einer Biosphärenregion ausmacht (bis zu 80 %), könnten auf freiwilliger Basis zukunftsfähige Lebens- und Nutzungsentwürfe erprobt und gefördert werden. Im Prüfraum käme den Verdichtungsräumen von Wiesbaden und Main-Taunus-Kreis unter dem Aspekt der Repräsen-

tativität eine tragende Rolle in der inhaltlichen Ausgestaltung eines nachhaltigen Entwicklungspfads im spezifischen Stadt-Land-Verbund zu. In der Entwicklungszone gilt die Planungshoheit der Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung. Die Kommunen sind hier in der Lage, die kommunale Weiterentwicklung in Form von Siedlungs- und Gewerbegebieten voranzutreiben.

Die formale Studie betrachtet primär das aktuell umsetzbare Flächenpotenzial für die Kern- und die Pflegezone unter den Aspekten Repräsentativität, Flächengröße, konkurrierende Nutzungen und Eigentumsverhältnisse und leitet daraus die aktuelle Machbarkeit bzw. den Handlungsbedarf ab.

Idealisiertes Beispiel für ein Zonierungskonzept mit großer Kernzonenfläche und kleinen Kernzonenteilen mit Trittsteinfunktion



Für die Auswahl potenzieller Kern- und Pflegezonenflächen wurden vorzugsweise Staatswaldflächen in bestehenden Schutzgebieten (Flora-Fauna-Habitat-Gebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete) betrachtet. Erste Wahl für eine potenzielle Kernzone sind die Kernflächen Naturschutz im Staatswald des Landes, die Hotspots naturnaher Arten- und Biotopvielfalt darstellen. Die relativ zahlreichen kleinflächigen Kernzonenanteile könnten als Trittsteine oder Ausbreitungskerne wirkungsvoll und naturschutzfachlich begründbar in eine verbindende Pflegezone eingebettet werden. Zertifizierungen wie FSC und Naturland gewährleisten ebenso wie Schutzgebiete eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Sinne des Dreisäulenprinzips der Nachhaltigkeit. Auch sie sind daher geeignet, die Kernzone als Pflegezone abzupuffern.

Die Konzentration auf bestehende Schutzgebiete und zertifizierte Waldflächen bei der Zonen-Potenzialanalyse gewährleistet den größtmöglichen Effekt zur Erhaltung der regionsspezifischen biologischen Vielfalt sowie eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz, da keine zusätzlichen gravierenden Nutzungseinschränkungen erforderlich sind.



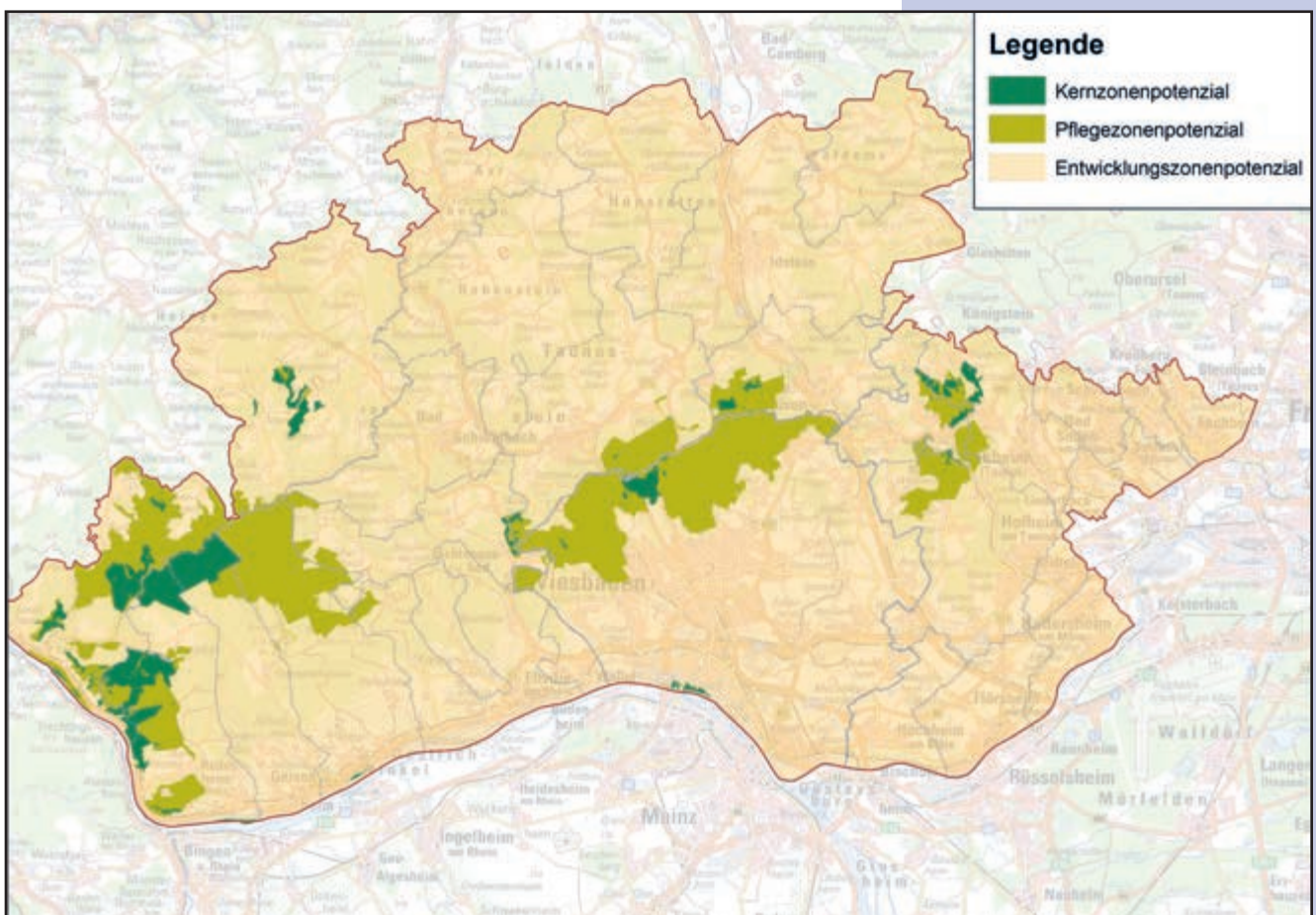
Das Dreisäulenprinzip der Nachhaltigkeit

Fazit

Der potenzielle Anteil von Kern- und Pflegezone kann die regionaltypische biologische Vielfalt weitgehend repräsentieren. Fast alle relevanten natürlichen und nutzungsbedingten Lebensraumtypen des Prüfraums sind vertreten.

Die Anforderungen bezüglich der Flächenanteile sind erfüllbar. Die Machbarkeit ist gegeben, da neben dem ge-

prüften Potenzial weiteres Potenzial auf kommunalen Flächen vorhanden ist, für deren Einbringung bereits grundsätzliche Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde, und das Land Hessen zudem eine weitere flächenmäßige Aufstockung gewährleisten könnte.



Potenzielle Zonierung

Kriterium „Biodiversität“

Wichtige Vorkommen pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen sind zu benennen und zu beschreiben; geeignete Maßnahmen zu ihrer Erhaltung am Ort ihres Vorkommens sind zu konzipieren und durchzuführen. (A)

Die weltweite Erhaltung der biologischen Vielfalt und deren nachhaltige Nutzung zählen zu den großen globalen Herausforderungen der Gegenwart. Beides bildet ein Hauptanliegen der Biosphärenregionen. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wird die Biodiversität des Prüfraums eingeschätzt.

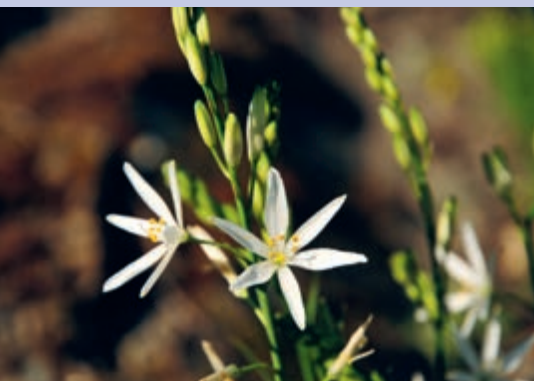
Biodiversität

Der Begriff der biologischen Vielfalt oder Biodiversität steht als Sammelbegriff für die Vielfalt des Lebens auf unserer Erde und ist die Variabilität aller lebenden Organismen und der ökologischen Komplexe, zu denen sie ge-

hören. Biodiversität umfasst drei Ebenen: die Vielfalt der Ökosysteme (dazu gehören Lebensgemeinschaften, Lebensräume und Landschaften), die Artenvielfalt und die genetische Vielfalt innerhalb der Arten.



Wärmeliebender Saum in den Weinbergterrassen mit Blutrotem Storchschnabel



Astlose Graslinie auf den Felsfluren im Wispertaunus

Der Prüfraum weist eine hohe biologische Vielfalt auf. Die repräsentative Bedeutung der waldreichen Kulturlandschaft im Zentrum der globalen Buchenwaldverbreitung spiegelt sich in der Vielfalt typischer Lebensräume und Arten wider. Mit dem Durchbruch durch das Rheinische Schiefergebirge hat der Rhein zudem eine einzigartige Verbindung zwischen den Auwäldern des Inselrheins über die wärmeliebenden felsdurchsetzten Trockenwälder der Steilhänge des Mittelrheintals zu den unzerschnittenen naturnahen Buchenwäldern des Taunuskamms geschaffen. Im Verlauf einer Jahrtausende währenden Kulturgeschichte hat der Mensch wärmeliebenden Arten weitere Lebensräume eröffnet.

Weinbergterrassen mit Trockenmauern, blumenbunte Wiesen und ausgedehnte alte Streuobstwiesen sind ökologisch wertvolle Lebensräume aus Menschenhand. In traditionellen Streuobstflächenbeständen sind regionale Apfelsorten erhalten geblieben. Fluss- und Bachtäler gliedern die Landschaft und durchziehen die tiefen Wälder. Der Standortwechsel zwischen nass und trocken erhöht die Vielfalt. Wandernde Fischarten wie der Lachs gelangen vom Meer über den Rhein die Wisper hinauf in ihre Laichgebiete und zurück.

Aufgrund seiner außergewöhnlichen, kulturell geprägten naturkundlichen Ausstattung liegt im Mittelrheintal ein Hotspot der biologischen Vielfalt. Zahlreiche besonders geschützte Arten der FFH-Richtlinie sowie Verantwortungsarten Deutschlands und Hessens unterstreichen die naturschutzfachliche und repräsentative Bedeutung der naturnahen Wälder des Taunus.

Als Maßstab für die bereits bestehende Sicherung und Erhaltung der biologischen Vielfalt des Prüfraums können Zahl und Größe der Schutzgebiete gelten. Das europaweite Netzwerk Natura 2000 hat dabei eine herausragende Bedeutung. Seine umfangreiche Schutzgebietskulisse – etwa 15% der Prüfraumfläche sind

geschützt – bildet einen großen Teil der relevanten vorkommenden Lebensräume und der potenziell natürlichen Vegetationseinheiten ab, sodass der Schutz aktuell schon greift bzw. gewährleistet ist. Die Natura-2000-Gebiete sind als Pflege- und Kernzone prädestiniert. Für besonders geschützte Arten sind vom Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie Artenhilfskonzepte erstellt worden, die die fachliche Grundlage für die Erreichung „günstiger Erhaltungszustände“ bieten. Bestandsstützende Maßnahmen werden – soweit möglich – in Schutzgebieten realisiert. Die Kernflächen von HessenForst im Waldbesitz des Landes Hessens, die als Hauptbestandteil der potenziellen Kernzone infrage kommen, sind im Hinblick auf die Verbreitung relevanter Lebensgemeinschaften (Lebensraumtypen) und im Wald lebender Arten als Zentren der Artenvielfalt identifiziert worden.

Die potenzielle Kernzone und die potenzielle Pufferzone garantieren eine hohe Lebensraumtypen- und Artenrepräsentanz. Der Schutz der im Netz der weltweiten Biosphärenreservate als repräsentativ geltenden Lebensräume und Arten in Kern- und Pflegezone muss nach den Vorgaben der UNESCO rechtlich gesichert werden. Regionale und nationale Biotopverbünde würden gestärkt, sodass Wanderungen von Tierarten mit hohen räumlichen Ansprüchen sowie Anforderungen an die Verknüpfung von Wald und Wasser verstärkt gefördert würden. In der potenziellen Entwicklungszone würden nachhaltige Nutzungen das natur- und kulturraumtypische Landschaftsbild und die nutzungsbedingte biologische Vielfalt, einschließlich traditioneller Obstbaumsorten, begünstigen.

Fazit

Die besondere und repräsentative biologische Vielfalt des Prüfraums ist belegt. Schutzmaßnahmen und Aktivitäten zu ihrer Erhaltung sind bereits in großem Umfang vorhanden und würden durch eine entsprechende Zonie-

rung in einer potenziellen Biosphärenregion optimiert. Damit ist das A-Kriterium „Biodiversität“ für die Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenregionen der UNESCO in Deutschland erfüllbar.



Bechsteinfledermaus



Wildkatze



Feuersalamander



Kriterium „Verwaltung und Organisation“

Eine leistungsfähige Verwaltung des Biosphärenreservats muss innerhalb von drei Jahren nach Anerkennung des Biosphärenreservats durch die UNESCO aufgebaut werden. Sie muss querschnittsorientiert entsprechend den drei Funktionen des Biosphärenreservats mit Fach-/Verwaltungspersonal und Sachmitteln für die von ihr zu erfüllenden Aufgaben angemessen ausgestattet werden. Der Antrag muss eine Zusage zur Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen enthalten. (A)

Zur Ausgestaltung der Verwaltung und Organisation einer möglichen Biosphärenregion können im Rahmen der Machbarkeitsstudie nur allgemeine Aussagen getroffen werden. Die konkrete Ausgestaltung der „Verwaltung“ sowie die Diskussion der „Organisation“ kann erst im Rahmen der Antragsausarbeitung erfolgen. Grundsätzlich gilt Folgendes:

- Die Biosphärenregion ist so zu organisieren, dass die Kommunen die Festlegung und Erfüllung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung unmittelbar mitgestalten können. Die Verbände und gesellschaftlichen Organisationen sind als Partner einzubinden. Diesen Prozess organisiert und unterstützt die nach den Kriterien der UNESCO vom Land Hessen einzurichtende Verwaltungsstelle, die innerhalb von drei Jahren nach der Anerkennung aufzubauen ist. Die Verwaltungsstelle einer möglichen Biosphärenregion in dieser Region nimmt keine hoheitlichen Aufgaben wahr, wie zum Beispiel den Erlass von Schutzgebietsverordnungen; sie fungiert auch nicht als Träger Öffentlicher Belange, zum Beispiel im Rahmen der Bauleitplanung.
- Die Verwaltungsstelle ist eine koordinierende Dienstleisterin für alle Akteurinnen und Akteure der Region und steht als Unterstützerin, Initiatorin und Beraterin für Projekte und deren Finanzierung zur Verfügung. Sie führt selbst Projekte und Initiativen durch und arbeitet im Bereich Forschung und Wissenschaft. Sie hat einen Bildungsauftrag für nachhaltige Entwicklung und die Zusammenarbeit mit externen Partnern, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich.
- Die Festlegung der konkreten Aufgaben und der Finanzierung sowie die Personalisierung und die Unterbringung der Verwaltungsstelle werden gemeinsam, einvernehmlich und transparent mit den Kommunen abgestimmt.

Das bedingt die Einbindung der Entscheidungsstrukturen der Region und der Akteurinnen/Akteure aus den Bereichen Soziales, Ökonomie und Ökologie.

Inhaltlich wird aufgebaut auf

- bestehenden Verwaltungsstrukturen,
- bereits vorhandenem Personal sowie
- vorhandenen Räumlichkeiten.

6. Ausblick: Wie geht es weiter?

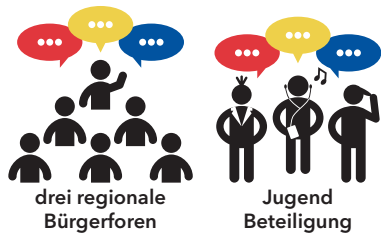
Mit der Veröffentlichung der vorliegenden Machbarkeitsstudie beginnt die Arbeit der politischen Entscheidungsgremien in der Region. Die Hessische Landesregierung wird auf der Basis der Ergebnisse der Machbarkeitsprüfung eine Bewertung treffen und entscheiden, ob sie zur Ausarbeitung eines Antrags an die UNESCO bereit ist. Den Kommunen und den Kreisen wird die Machbarkeitsstudie als Grundlage für ihre Entscheidungsfindung zur Verfügung gestellt.

Jede Kommune entscheidet für sich, ob sie bei einer Antragstellung mitwirken und somit potenziell Teil einer zukünftigen Biosphärenregion werden will.

Im Fall einer Beschlussfassung zur Teilnahme an der Antragstellung kann jede Kommune Vorgaben zu Rahmenbedingungen mit einbringen. Nur wenn sowohl die Landesregierung als auch eine große Zahl von Kommunen sich auf den Weg hin zu einer Biosphärenregion begeben wollen, wird die Antragstellung weiterverfolgt. In diesem Fall übernimmt die Landesregierung die Antragsausarbeitung in Abstimmung mit den teilnehmenden Kommunen und Kreisen. Vor der tatsächlichen Antragstellung werden die Kommunen ein weiteres Mal um Zustimmung gefragt.

Während die Machbarkeitsstudie geprüft hat, ob der Prüfraum das Potenzial für die Kriterien Fläche, Repräsentativität, Zonierung, Biodiversität sowie Ansatzpunkte für eine nachhaltige Modellregion hat, geht es im Rahmen der möglichen Antragsausarbeitung um die flächenscharfe Abgrenzung der Fläche und der Zonierung. Land und beteiligte Kommunen würden intensiv über die Ausgestaltung der Mitbestimmung, der Zusammenarbeit, der Organisation sowie der Aufgaben der Biosphärenregion diskutieren.

Weiterer Prozess



Untersuchen / Planen / Bewerten:
Mai 2018 bis Juni 2019

Beteiligungsprozess und fachliche Prüfung



Machbarkeitsstudie



Schritt I:
bis Frühjahr 2020

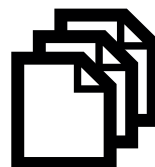
Soll ein konkreter Antrag vorbereitet werden?



Positive Entscheidung



Ausarbeitung Antrag



Antrag

Negative Entscheidung



Welche nachhaltigen
 Entwicklungen können
 dennoch gemeinsam
 angestoßen werden?



Schritt II:
ca. Herbst 2021

Soll der erarbeitete Antrag
 bei der UNESCO
 gestellt werden?



Die Antragstellung erfolgt gemeinsam durch die Landesregierung, Kommunen und die Kreise.

Die Stationen auf dem Weg zur Biosphärenregion

Im Fall einer erfolgreichen Antragstellung kommt es zur Rahmenkonzepterstellung. Dieses Konzept sollte die Region innerhalb der ersten drei Jahre nach der Ausweisung als Biosphärenregion vorlegen. Es sollte maßgeblich auf den Leitplanken aus dem Beteiligungsprozess für die Ausgestaltung einer Biosphärenregion sowie auf den Vorgaben der Kommunen basieren sowie Ansätze und Ideen konkretisieren.

Impressum

Herausgeber

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden
Tel.: +49 611 815-0
pressestelle@umwelt.hessen.de
www.umwelt.hessen.de

Konzeption, Inhalt und Redaktion

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden
Tel.: +49 611 815-0
pressestelle@umwelt.hessen.de
www.umwelt.hessen.de

Zebralog GmbH & Co. KG
Niederlassung Bonn
Adenauerallee 15
53111 Bonn
Tel.: +49 228 763706-1
info@zebralog.de
www.zebralog.de

cognitio Kommunikation und Planung
Westendstraße 23
34305 Niedenstein
Tel.: +49 5624 925023
info@cognitio.de
www.cognitio.de

Druck

dieUmweltDruckerei GmbH
Sydney Garden 9, Expo-Park
30539 Hannover

Lektorat

Dr. Ute Gräber-Seißinger
An der Pfingstweide 20 a
61118 Bad Vilbel

Gestaltung

cognitio Kommunikation und Planung, Niedenstein

Bildnachweise

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Wiesbaden [©Tina Trippens]
cognitio Kommunikation und Planung, Niedenstein
ZebraLog GmbH & Co. KG, Bonn
Seite 72: Klaus Bogon, © Adobe Stock – imageBROKER, © Adobe Stock – Marek R. Swadzba

ISBN 978-3-89274-416-0

Stand

September 2019
1. Auflage
Exemplare 2.000



Anhang

Weiterführende Links und Informationen zu den Veranstaltungen

Dokumentationen und Präsentationen der Öffentlichkeitsbeteiligung

- Bürgerforum Main-Taunus-Kreis am 29. August 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1209>
- Bürgerforum Rheingau-Taunus-Kreis am 30. August 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1208>
- Bürgerforum Wiesbaden am 31. August 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1193>
- Online-Beteiligung vom 28. August bis zum 18. September 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1237>
- Überregionales Bürgerforum am 15. Mai 2019:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1242>
- Jugendbeteiligung am 12. Juni 2019:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1236>

Dokumentationen und Präsentationen der Steuerungskreissitzungen

- Konstituierende Steuerungskreis-Sitzung am 19. Juni 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1214>
- Zweite Steuerungskreis-Sitzung am 31. August 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1238>
- Dritte Steuerungskreis-Sitzung am 14. November 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1239>
- Vierte Steuerungskreis-Sitzung am 26. Februar 2019:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1240>
- Fünfte Steuerungskreis-Sitzung am 21. Mai 2019:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1242>

Dokumentationen und Präsentationen der Arbeitsgruppensitzungen und des Forums Landnutzung

- Forum Landnutzung am 07. November 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1402>
- Erste Sitzungen der Arbeitsgruppen „Natur und Kultur“, „Bildung und Forschung“, „Mensch und Wirtschaft“ am 8. und 9. November 2018:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1243>
- Zweite Sitzungen der Arbeitsgruppen am 15., 18. und 19. Februar 2019:
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1244>
- Abschließende gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppen (14. Mai 2019):
<https://www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de/node/1245>

Machbarkeitsstudie Biosphärenregion Wiesbaden – Rheingau – Main – Taunus

Mitglieder der Arbeitsgruppen und des Steuerungskreises sowie der Geschäftsstelle

Institution	Name
Bauernverband Rheingau-Taunus	Björn Schneider
BioFrankfurt - Das Netzwerk für Biodiversität e. V.	Dr. Christiane Frosch
Bio-Landwirt	Markus Warning
Botanische Vereinigung für Naturschutz in Hessen e. V.	Berthold Hilgendorf
Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e. V., Kreisverband Wiesbaden	Julia Beltz
BUND KV Wiesbaden	Martina Claire Michel
BUND RTK	Thomas Giebel
Bürgerstiftung Unser Land Rheingau-Taunus	Michael Voll
	Danielle Beer
	Dr. Jürgen Hoffmann
	Prof. Klaus Werk
	Norbert Wolter
Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Joachim Bach
Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V.	Klaus Kottwitz
Evangelisches Dekanat Wiesbaden	Nicole Nestle
Forstamt Wiesbaden-Chausseehaus	Franz-Josef Dicke
Gemeinde Heidenrod	Volker Diefenbach
Grünflächenamt Wiesbaden	Ute Kilian
	Christian Klaproth
	Mathias Lemcke
	Nicole Müller
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Kristine Ekelik
	Dr. Christian Fischer
	Gunther Möller
	Katharina Sabry
	Angelika Schichtel
	Roswitha Ulrich
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	Francina Hirschberg
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Integrierte Umweltplanung	Veronika Geisler
	Iris Otto
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Referat Mobilität, Logistik, Binnenschifffahrt	Dr. Christian Langhagen-Rohrbach
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Referat Straßenbau	Jürgen Richter
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Referat Tourismus und Freizeitwirtschaft	Ute Hellberg
Hochschule Geisenheim	Christina Hem
Hochschule Geisenheim, Institut für angewandte Ökologie, Professur für Biodiversität und Ökosystemfunktionen	Prof. Dr. Ilona Leyer
Hochschule Geisenheim, Institut für Landschaftsplanung und Naturschutz	Prof. Eckhard Jedicke
Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e. V.	Freia Zehner
Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e. V. / MTK	Wolfgang Bender
IHK Frankfurt am Main	Martin Süß
Industrie- und Handelskammer Wiesbaden	Dr. Florian Steidl
Institut für Physische Geographie, Goethe-Universität Frankfurt a. M.	Dr. Rainer Dambeck
Jagdklub Main-Taunus e. V.	Werner Stippler
Kreisbauernverband Rheingau-Taunus e. V.	Bernd Bund
	Bernd Großmann
	Hendrik Heilhecker
Kreisverband Rheingau-Taunus-Wiesbaden der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	Jörg Freudenstein
	Hans-Ulrich Dombrowsky

Institution	Name
Kreisverband Rheingau-Taunus-Wiesbaden der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	Dr. Heidrun Orth-Krollmann
	Christoph von Eisenhart Rothe
Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Bürgerstiftung Unser Land	Dagmar Söder
Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	Sven Clasen
	Herr Frech
Landesjagdverband Hessen e. V.	Claus Deußer
	Dr. Werner Schütz
	Dr. Nadine Stöveken
Landkreis Limburg-Weilburg, Amt für den Ländlichen Raum, Umwelt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Karl Eckart Mascus
Landwirtschaft	Joachim Braun
LPV RTK	Sonja Kraft
MAB NK	Frauke Druckrey
Main-Taunus Naturlandschaft- und Streuobst e. V.	Barbara Helling
Main-Taunus-Kreis, Der Kreisausschuss	Michael Orf
Main-Taunus-Kreis, Der Kreisausschuss, Amt für Bauen und Umwelt	Daniel Philipp
NABU Idstein	Hans-Joachim Becker
NABU Kreisverband Wiesbaden e. V.	Carolin Dreesmann
NABU Naturschutzbund Deutschland e. V. Landesverband Hessen	Stefanie Stüber
NABU Rheingau	Dr. Jürgen Hoffmann
Naturfund e. V.	Anja Krzepek
	Nora Schmidt
Naturpark Taunus	Uwe Hartmann
	Hermine Link
Naturschutzbeirat	Andreas Lange
Naturschutzbeirat RTK	Johannes Reufenheuser
Naturschutzbund Deutschland e. V., Idstein	Hans-Joachim Becker
Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben	Martina Teipel
Regierungspräsidium Darmstadt	Elisabeth Apel-Isabarn
	Gabriele Fillbrandt
	Karin Schwab
Regionale Siedlungs- und Bauleitplanung	
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	Kjell Schmidt
Rheingau-Taunus-Kreis	
Rheingau-Taunus-Kreis Kreisentwicklung	Ingrid Reichbauer
Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung	Julia Krohmer
Sportkreis Wiesbaden	Birgit Rittershofer
Stadt Hofheim	Beate Gutenthaler-Gillies
Stadt Wiesbaden, Umweltausschuss	Ronny Maritzen
Steinheimer Hof	Jan Volkmar
Umweltamt Wiesbaden	Christian Fuest
Umweltausschuss Wiesbaden	Konny Küpper
Wirtschaft- & Beschäftigungsförderung Wiesbaden	Werner Backes
Wirtschaftsförderung Main-Taunus-Kreis	Aryo Bisso
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (ZGV)	Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
	Dr. Maren Heincke
Zweckverband Rheingau, Haus der Region	Bettina Mackiol

Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen

„Natur und Kultur“	AG „Mensch und Wirtschaft“	AG „Bildung und Forschung“
Dagmar Söder (Bürgerstiftung Unser Land! Rheingau-Taunus und Oberkonservatorin beim Landesamt für Denkmalpflege Hessen)	Dr. Maren Heincke (Referentin für den Ländlichen Raum, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau)	Martina Teipel (Leiterin, Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben)
Eckart Mascus (Amtsleiter, Amt für den Ländlichen Raum, Umwelt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz im Landkreis Limburg-Weilburg, Wiesbaden und Rheingau-Taunus; stellv. Bernd Bund)	Dr. Florian Steidl (Leiter Standortpolitik Industrie- und Handelskammer Wiesbaden)	Prof. Dr. Eckhard Jedicke (Hochschule Geisenheim University, Institut für Landschaftsplanung und Naturschutz & Kompetenzzentrum Kulturlandschaft – KULT)

Mitglieder des Steuerungskreises

Institution	Rolle	Name
Caritas Verband WIRT (Wiesbaden – Rheingau-Taunus)	Mitglied	Joachim Bach
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - Landesausländerbeirat	Mitglied	Ulrike Bargon
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	Mitglied	Armin Bayer
NABU Naturschutzbund Deutschland e. V. Landesverband Hessen	Vertreter	Hans-Joachim Becker
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) – Landesverband Hessen e. V.	Mitglied	Julia Beltz
DEHOGA Hessen, MTK	Mitglied	Wolfgang Bender
Stadt Flörsheim	Mitglied	Dr. Bernd Blisch
Industrie- und Handelskammer Wiesbaden	Vertreter	Gordon Bonnet
Forstamt Wiesbaden Chausseehaus	Vertreter	Ralf Bördner
Caritas Verband WIRT (Wiesbaden – Rheingau-Taunus)	Vertreter	Dirk Bornwasser
Bistum Limburg, Katholisches Bezirksbüro Main-Taunus	Mitglied	Dr. Matthias Braunwarth
ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain	Vertreter	Christine Breser
Amt für den ländlichen Raum MTK	Mitglied	Dr. Nikolaus Bretschneider-Herrmann
Kreisbauernverband Rheingau-Taunus e. V.		Bernd Bund
Forstamt Rüdesheim	Mitglied	Jörg Deutschländer-Wolff
Gemeinde Heidenrod	Mitglied	Volker Diefenbach
MAB NK		Dr. Frauke Druckrey
Kreisbauernverband Wiesbaden e. V.	Mitglied	Bernd Walter Eismann
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		Kristine Ekelik
Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e. V.	Vertreter	Hans-Jürgen Finkler
Naturschutzbeirat Main-Taunus-Kreis	Vertreter	Klemens Fischer
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald LV Hessen e. V.	Mitglied	Jörg Freudenstein
Jugendparlament Wiesbaden	Mitglied	Silas Gottwald
Kreisbauernverband Main-Taunus e. V.	Mitglied	Karl Heinz Gritsch
Naturpark Taunus	Mitglied	Uwe Hartmann
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau	Mitglied	Dr. Maren Heincke
Stadt Lorch am Rhein	Vertreter	Jürgen Helbing
Hochschule Geisenheim University (HGU)	Mitglied	Prof. Dr. Eckhard Jedicke
Jugendparlament Wiesbaden	Vertreter	Lisa-Marie Kippels
Gemeinde Walluf	Mitglied	Manfred Kohl
Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V.	Vertreter	Klaus Kottwitz
Landeshauptstadt Wiesbaden, Umweltdezernat		Andreas Kowol
Kreisbauernverband Rheingau-Taunus e. V.	Mitglied	Thomas Kunz
Naturschutzbeirat Rheingau-Taunus Kreis	Mitglied	Andreas Lange

Institution	Rolle	Name
Rheingauer Weinbauverband e. V.	Vertreter	Gilbert Laquai
Hochschule Geisenheim University (HGU)	Vertreter	Prof. Dr. Ilona Leyer
Naturpark Taunus	Vertreter	Hermine Link
Zweckverband Rheingau	Vertreter	Bettina Mackiol
Stadt Wiesbaden, Umweltausschuss	Mitglied	Ronny Maritzen
Amt für den Ländlichen Raum, RTK, WI, LM	Mitglied	Eckart Mascus
DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Frankfurt-Rhein-Main	Vertreter	Bernd Meffert
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau	Vertreter	Hubert Meisinger
Naturschutzbeirat, Main-Taunus-Kreis	Mitglied	Hans-Joachim Menius
ivm GmbH integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain	Mitglied	Heike Mühlhans
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) – Landesverband Hessen e. V.	Vertreter	Jörg Nitsch
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald LV Hessen e. V.	Ehrenamtl. Dezernetin	Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Rheingau-Taunus-Kreis, Projektkoordination Kreisentwicklung		Ingrid Reichbauer
Naturschutzbeirat Rheingau-Taunus Kreis	Vertreter	Johannes Reufenheuser
Hochschule RheinMain, University of Applied Sciences	Mitglied	Prof. Dr. Detlev Reymann
Sportkreis Wiesbaden e. V. im Landessportbund Hessen	Mitglied	Birgit Rittershofer
Kreishandwerkerschaft Main- und Hochtaunus	Mitglied	Peter Sachs
VÖL – Verein Ökologischer Landbau in Hessen	Mitglied	Jürgen Schaar
Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V.	Mitglied	Lars Schmidt
DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund Region Frankfurt-Rhein-Main	Mitglied	Sascha Schmidt
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	Mitglied	Kjell Schmidt
Landesjagdverband Hessen e. V.	Vertreter	Werner Schütz
Rheingauer Weinbauverband e. V.	Mitglied	Peter Seyffardt
Stadt Eppstein	Vertreter	Alexander Simon
Bürgerstiftung Unser Land Rheingau-Taunus und Landesamt für Denkmalpflege Hessen	Mitglied	Dagmar Söder
Stadt Hofheim	Mitglied	Gisela Stang
Industrie- und Handelskammer Wiesbaden	Mitglied	Dr. Florian Steidl
Landesjagdverband Hessen e. V.	Mitglied	Dr. Nadine Stöveken
NABU Naturschutzbund Deutschland e. V. Landesverband Hessen	Mitglied	Stefanie Stüber
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Mitglied	Martin Süß
Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben	Mitglied	Martina Teipel
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald LV Hessen e. V.	Vertreter	Christoph von Eisenhart Rothe
Bürgerstiftung Unser Land Rheingau-Taunus	Mitglied	Prof. Klaus Werk
Regionalverband FrankfurtRheinMain	Mitglied	Maren Weser
Stadt Hochheim	Vertreter	Dirk Westedt
Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e. V.	Mitglied	Jürgen Windgasse
DEHOGA Hessen, West-Hessen	Mitglied	Freia Zehner

Team Geschäftsstelle

Institution	Name
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Renate Labonté
	Susanne Conrad
	Nadine Dieter
	Michael Euler
Rheingau-Taunus-Kreis Kreisentwicklung	Yvonne Grein
	Ralf Bachmann
Main-Taunus-Kreis, Der Kreisausschuss, Amt für Bauen und Umwelt	Dr. Michael Mondré
Landeshauptstadt Wiesbaden, Dezernat für Umwelt, Grünflächen und Verkehr	Angelika Paa
	Rolf Hussing
Naturpark Rhein-Taunus	Andreas Wennemann

HINWEIS:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich sind insbesondere eine Verteilung dieser Druckschrift auf Wahlveranstaltungen oder an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Gedruckt auf Recyclingpapier ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

HESSEN



Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden
www.umweltministerium.hessen.de



Rheingau-
Taunus-Kreis



main-taunus-kreis